

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 10 Pf. monatlich 2.20 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. B. m. b. H., Verlegerstraße 14.
 Anzeigenpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Restame im Textteil.
 Manuskripte zu richten nach Halle Verlegerstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegramm: Klassenkampf.
 Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank Halle. Postkontonummer: Leipzig 106348 Fritz Arndt, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 16. März 1927

7. Jahrgang * Nr. 63

52-Stunden-Woche

für die mitteldeutsche Metallindustrie — Ablehnen! Für Achtstundentag kämpfen! Betriebe in Front!

Halle, 16. März. (Amtliche Meldung.)

Am Dienstag wurde nach achtstündiger Verhandlung des sächsischen Schlichtungsausschusses betreffend die Arbeitszeit für die Betriebe des Mitteldeutschen Verbandes der Metallindustriellen (der Anhalt sowie die Regierungsbezirke Merseburg und Magdeburg umfasst) ein Schiedsspruch gefällt, wonach die Arbeitszeit, die grundsätzlich 48 Stunden in der Woche betragen soll, im Benehmen mit der Betriebsvertretung bis zu 52 Stunden wöchentlich verlängert werden kann, und zwar ist die 49., 50. und 51. mit 10 v. H. Zuschlag, die 52. Stunde mit 15 v. H. Zuschlag zu bezahlen. Die alten Manteltarife werden demnach verlängert, daß sie erstmalig zum 31. März 1928 mit schwebendeffektiver Kraft gekündigt werden können.

Vor drei Wochen wurde in der sächsischen Metallindustrie nach zehnjährigem Kampfbeginn ein Schiedsspruch gefällt für eine Vereinbarung zwischen dem Unternehmerverband und dem DMB, getroffen, wonach die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden wöchentlich verlängert werden kann. Die sozialdemokratische Presse behauptet, daß der Achtstundentag praktisch erzwungen sei, weil der Schiedsspruch die „grundrühliche“ 48-Stunden-Woche gänzlich anerkennt. In Wirklichkeit bedeutete das sächsische Kompromiß die 51-Stunden-Woche, da die Arbeitszeitvereinbarung nicht mit Lohnzuschlag verbunden war. Das Geld bringt die sächsischen Metallarbeiter zu Überstunden, die nicht nur wöchentlich drei, sondern oft wöchentlich sechs Stunden oder noch mehr ausmachen.

Der für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällte Schiedsspruch bedeutet eine Vereinfachung sogar gegenüber den Bedingungen, die in Sachsen vereinbart wurden. Es war vorauszusetzen, daß die Unternehmer und die Schlichtungsinstanzen den Abruch des sächsischen Kampfes zu erheblichen Verschlechterungen in anderen Bezirken benutzen wollen. Das ist jetzt entfallen. Der mitteldeutsche Schiedsspruch ermöglicht den Unternehmern eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden. Die hällischen Metallarbeiter sollen wöchentlich eine Stunde länger arbeiten als die Leipziger.

„Im Benehmen“

Im Schiedsspruch heißt es, daß die Arbeitszeit „im Benehmen mit der Betriebsvertretung bis zu 52 Stunden wöchentlich verlängert werden kann“. Da es viele Arbeiter gibt, die diesen absichtlich mißverständlich gehaltenen Ausdruck so auslegen könnten, daß hierin ein Einspruchsrecht der Betriebsvertretung gegen die Arbeitszeitverlängerung enthalten ist, muß betont werden, daß der Ausdruck „im Benehmen“ nur ein freies Verwirrungsmanöver ist. Der Ausdruck bedeutet nach der Auslegung der Schlichtungsinstanzen nur soviel, daß die Betriebsvertretung von einer Arbeitszeitverlängerung, die die Unternehmer beschließen, verabschiedet werden muß. Von einem Einspruchsrecht des Betriebsrates ist unter diesen Umständen keine Rede.

Die einzige Konzeption, die unter dem Druck der Arbeiterschaft gedrückt wurde, ist, daß die unerhöhten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die im neuen Manteltarifvertrag geplant waren, durch die Verlängerung der alten Manteltarife nicht zur Auswirkung gelangen.

Gleichzeitig wollen aber die Schlichtungsinstanzen auch jede Lohnbewegung der mitteldeutschen Metallarbeiter erschöpfen. Das bedeutet eine ganz unsehbare Verschlechterung der Reallohnstände. Die Drogenpreise-Miterschöpfung wurde schon von der Reichsregierung beschlossen und von den sozialdemokratischen Ministern in Preußen unterstützt. Die fortgesetzten Getreidepreiserhöhungen führen zur Vertreibung des Brotes und aller Lebensmittel. Anfangs aber läßt sich der Lebenshaltungszweck. Eine Anhebung der Arbeitszeit in den Lohnbewegungen bedeutet unter diesen Umständen die Herabdrückung der Lebenshaltung auf ein Kadavermaß. Allerdings mit dem Unterschied, daß die sächsischen Kulis gegen ihre Ausbeuter siegreiche Kämpfe führen, während in Deutschland jeder Kampf durch die Schlichtungspraxis erschöpft werden soll.

Was tun?

Die mitteldeutschen Metallarbeiter müssen auf diesen Schiedsspruch nur eine Antwort geben: Ablehnen! Aber nicht nur eine formale Ablehnung, die die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung durch Passivität zuläßt, sondern aktive Ablehnung, die in der Mobilisierung der gesamten Metallarbeiterkraft zum offenen Kampf besteht. Als die sächsischen Metallarbeiter unmissverständlich

sich zum Ausdruck brachten, daß sie nicht gewillt sind, den Schiedsspruch von 52 Stunden anzunehmen, wurde die Verbindlichkeitsklärung nicht ausgeprochen. Unter dem Druck der Arbeiterschaft muß es und wird es auch in Mitteldeutschland gelingen, die 52-Stunden-Woche abzuhängen. Der Kampf darf aber nicht in einem Feilschen und in einem Herunterhandeln von ein oder zwei Stunden bestehen, sondern muß um den Achtstundentag geführt werden!

Achtstundentag und Lohnsteigerung von 20 Prozent! Diese Forderungen hat die mitteldeutsche Arbeiterschaft gestellt. In diesen Forderungen muß festgehalten werden. Es ist klar, daß ohne diese Forderungen keine Lohnsteigerung die Verfüzierung der Arbeitszeit auf dem Papier bleiben würde, weil die Arbeiter sonst durch das Geld gezwungen werden, Überstunden zu leisten. Der Plan der Unternehmer und ihrer Werkzeuge der Schlichtungsinstanzen, besteht gerade darin, Was der Schiedsspruch nicht erledigt, bringt die Hungerpeitsche fertig.

Her mit dem Kampfbündnis in Metall, Chemie, Bergbau und Baugewerbe!

Wenn es der Ausbeuterklasse und ihren Schlichtungsalaien gelungen ist, den Kampf der mitteldeutschen Metallarbeiter von jenen der sächsischen Metallarbeiter zu isolieren, so können sie andererseits nicht verhindern, daß Ende März und Anfang April in Mitteldeutschland Sündenverleumdungen im Kampf um höhere Löhne und um den Achtstundentag gesehen werden. Die Tarife in der chemischen Industrie wurden unter dem Druck der Arbeiterschaft, vor allem dank der Arbeit der Gewerkschaftsopposition, gekündigt. Die bisher in der chemischen Industrie getroffenen Vereinbarungen, z. B. die vor einigen Tagen getroffene Vereinbarung für die badisch-pfälzische Chemie zeigen klar, daß isolierte Kämpfe auch für die Chemiearbeiterschaft die größte Gefahr bedeuten. Es ist den reformistischen Gewerkschaftsführern möglich gewesen, dem unerhöhten Angebot der Giftkiste ohne Fragen, Hindernisse zum ersten Male am 31. März 1928 — das ist das Ergebnis des reformistischen Taktik zu vereinigen hat. Unter seinen Umständen kann die mitteldeutsche Chemiearbeiterschaft auf ähnliche Bedingungen einsteigen. Schulter an Schulter mit den Metallarbeitern, mit den Braunkohlenkumpeln und mit den Bauarbeitern muß der Kampf geführt werden.

Heraus zum Reichs-Erwerbslosentag am 18. März!

Gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung!

Die immer mehr steigende Aktivität der Erwerbslosen wie auch die immer stärker einsetzenden Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben um den Achtstundentag und höheren Lohn zwingen die Bourgeoisie, immer härtere Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft anzuwenden. Sie braucht dazu ein Heer von Erwerbslosen, das sich gegenüber den noch Arbeitenden als Schandbild der und Greifbarcher gebrauchen läßt. Die Erwerbslosen haben es durch ihren seltenen Zusammenfluß verdient, die Absichten der Bourgeoisie aufzuheben zu machen.

Die neue Bürgerdelegierten-Richtung des Reichsbanner „Kameraden“ hat sich mit diesem Zustand einverstanden erklärt. Das Reichsbanner, das sich mit Hilfe der ehemaligen SPD-Minister ausgebildet wurde und seit zwei Jahren in Vorbereitung ist, soll der erste Schritt dazu sein. Dieses Schandgesetz soll bis zum 1. April im Reichstag durchgepeitscht werden. Sollte der Reichstagsausschuß und Reichsbanner-Senat nicht einverstanden sein, soll der Reichstag am 1. April im Reichstag durchgepeitscht werden. Sollte der Reichstagsausschuß und Reichsbanner-Senat nicht einverstanden sein, soll der Reichstag am 1. April im Reichstag durchgepeitscht werden.

Dieses Gesetz soll die Bourgeoisie einbüßlich von ihren Sorgen, die ihr die Erwerbslosen bereiten, befreien. Schlaue und kluge, wie immer, verfußt die die Erwerbslosen zu teilen und zu beherrschen. In diesen Klagen sollen die Erwerbslosen einestelt werden. Wer wenig verdient hat, soll demnach auch wenig Unterstützung bekommen. Für die ersten fünf Klassen ist ein unangeleglicher Abbau der Unterstützung vorgesehen, während der 6. und 7. Klasse einige Beteiligungsanteile zugelegt werden sollen. Unter diesen unangeleglichen Maßnahmen steht dieses Gesetz noch weiter vor.

Die Verfüzierung der Unterstützungsbeträge auf 26 Wochen; die Begrenzung der Unterstützung auf 26 Wochen Beitragszahlung; die Verengung der Unterstützung im § 33; die Deportation sächsischer Arbeiter aus Land im § 36; außerdem die zwangsweise Umstellung in andere Berufe.

Die Bourgeoisie hält jetzt die Zeit für gekommen, ihre Raubpläne durchzuführen. Die sozialdemokratischen Führer, die trotz aller

Das Zehnjährtaggesetz markiert

Die Geburtswehen des Arbeitszeitgesetzes haben lange gedauert. Ein Konstruktum ist geboren worden. Wie die „Tägliche Rundschau“ berichtet, ist nunmehr innerhalb der Regierungsparteien eine Verbindlichkeit über das Arbeitszeitgesetz so gut wie gefestigt. Das Blatt meldet:

„Es werden auf der einen Seite die Bestimmungen über die Mehrarbeit, die bisher im § 11, Absatz 3, der Verordnung vom November 1923 enthalten waren und in der Regierungsvorlage weggefallen sind, in anderer Form in den § 10, Absatz 10, in der Regierungsvorlage übernommen werden.“

Das Kompromiß soll auch eine Zustimmung über den Lohnzuschlag für Mehrarbeit enthalten. Nach dem Kompromiß der Regierungsparteien sollen nunmehr freiwillige Überstunden in unbeschränkter Zahl weiterhin gestattet werden. Der Einfluß der Reichsparteien hat nunmehr den § 11 wiederhergestellt.

Millionen im Kampf

Während der Bürgerkrieg zu einem entscheidenden Schlag gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse rüstet, formiert sich auch die Front des Proletariats. Es brochen Teilstreiks aus. Gewerkschaften wie die Arbeiterüberlegung in Westfalen. Heute treffen Meldungen über eine Reihe von kleineren Streikbewegungen aus Halberstadt in Sachsen, Neuß (Rheinland) ein. Die Unternehmer antworteten auf die Streiks sofort mit Ausperrungen, die aber die Arbeiter nicht einschüchtern.

Andererseits entwickeln sich kapitalistische Konflikte infolge der Arbeiterbewegungen der Arbeiterschaft. Inwieweit die Front formiert sich! Es ist auch falsch, zu behaupten, daß unter der Arbeiterschaft keine Kampf Stimmung vorhanden wäre. Die Kampf Stimmung ist da. Es fehlt nur die Kampf Führung. Im Ruhrbergbau, wo alle bisherigen Verhandlungen scheiterten, fanden zahlreiche Versammlungen statt, in denen die Kampfwillen die Ausfahrt nach sieben Stunden ab 1. April und den Kampf um eine 25 prozentige Lohnsteigerung forderten. Die Tarifbedingungen, die im ganzen Reich hinfereinander erfolgen, sind schließlich auch nur das Ergebnis des verstärkten Druckes von unten.

Sorgt für eine entschlossene Kampf Führung!

Seht Euch mit allen Mitteln für die Stärkung der freien Gewerkschaften ein! Und dann vorwärts, Millionen, in geschlossener Front!

Heraus zum Reichs-Erwerbslosentag am 18. März!

Gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung!

Versucht, wieder in die Regierung hineinzukommen, von der Bourgeoisie den wohlverdienten Fußtritt erhalten, sind die Väter dieses Schandgesetzes. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die genau so wie alle anderen von diesem Schandgesetz betroffen werden, beginnen die Arbeiterbewegung aber nicht blickt sich bei ihnen die Erkenntnis Bahn, daß die achtjährige Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik ihrer Führer die Arbeiterschaft in das heutige Elend hineingeführt hat.

Einsig und allein die Kommunisten sind es, die die Arbeiterschaft führend voranzutreiben. Sie haben in schärfster Form den Kampf gegen dieses Raubgesetz aufgenommen.

Der Kampf darf nicht nur, wenn er zum Erfolg führen soll, im Parlament geführt werden, sondern er muß durch den Massenaufruf der Arbeiterschaft außerhalb des Parlamentes unterstützt werden.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosen, der auf der Reichstagskonferenz im Dezember 1926 wurde, hat beschlossen, die Arbeitlosen aufzurufen, am 18. März im ganzen Reich aufzumarschieren in gewaltigen Massen Demonstrationen.

Die Arbeitlosen müssen der Bourgeoisie zeigen, daß sie nicht willens sind, kampflös zu werden. Sie wollen nicht zu Streikbrechern und Schandbildern werden und rufen darum ihren Kollegen in den Betrieben zu, den Kampf gegen die Arbeitslosenverschönerung zu unterstützen. Sie geloben den Betriebsarbeitern, Solidarität zu üben und fordern von ihnen, daß sie ebenfalls den Kampf gegen die Arbeitslosenunterstützung und für höhere Löhne aufnehmen. Nur wenn die Arbeitzeit verfürzt wird, können die Arbeitlosen wieder in die Betriebe zurückkehren.

Nur im gemeinsamen Kampf der Arbeitenden und Arbeitlosen kann der Kampf gegen den Raub der Bourgeoisie gewonnen werden. Setzt euch darum zum Massenaufruf am 18. März! In jeder Stadt, in jedem Dorf, wo Erwerbslose sind, müssen diese zur Demonstration aufmarschieren. Keiner darf zu Hause bleiben. Der letzte Mann muß mobilisiert werden!

Das Kunstgewerbe auf der Leipziger Messe
Ein Rückblick für Gallener von Friedrich

Die Messe wird immer mehr zu einer Massenanhäufung aller erdenklichen Waren. Man versucht, im Gegensatz zu früheren Jahren einer möglichst reichhaltigen und ergiebigen Ausstellung zu bringen. Am besten organisiert ist die Technische Messe, auf deren Gelände auch der russische Pavillon steht. Diese Messe ist die am häufigsten besuchte.

Die Städtebau-Ausstellung ein gegläubter Versuch einer Ueberblick über das Siedlungsweien aller Länder. Die meisten deutschen Siedlungen trafen an einer ungeschickten Komantik, selbst die vom Normenausschuss herausgegebenen Haustypen wirken reichlich mittelalterlich. Man wird da bald neue wirkliche Normenausschüsse machen müssen.

Die internationale Kunstgewerbe-Schau. An dem Wege zur Technischen Messe liegt an der Sophienstraße das neue Groß-Museum ein in moderner Formgebung aufgeführter Bau. Dort zeigen Dänemark, Frankreich, die Schweiz, England, Italien, Österreich Auschnitte aus ihrem Kunstgewerbe. Eine einheitliche Linie ist schwer zu finden. Am wenigsten abgeklärt wirken die Franzosen, die noch mit dem Jugendstil fasziniert.

Die holländische Kunstgewerbeschule hat wieder in mehreren Räumen ausgestellt. Frühere Messausstellungen der Schule waren mit größerem Schmucke ausgestattet, immerhin ist sie dieses Jahr eine der besten unter den vielen Ausstellungen Kunstgewerbe. Das Defaure Bauhaus mit seinen neuen Modellen steht leider auch. Die holländischen Metallarbeiten, Emaillegegenstände, die Tüchereien, und vor allen Dingen die Stoffe, sind im Entwurf von fröhlicher Artigkeit in Formgebung und Farbe. Einzelnes zu erwähnen, erhebt sich, da jeder Gallener in der Verkaufsstelle der Schule im Roten Turm Gelegenheit hat die Qualität und Schönheit der kunstgewerblichen Arbeiten auf sich wirken zu lassen und, wenn der Geldbeutel es erlaubt, auch zu erwerben. Ein früherer Schüler der holländischen Werkstätten stellt aus gelobte elektrische Tischlampen, Tischlampen und Gefäße aus. Sein Testador besonders ist sehr durchdacht und eine originelle Lösung. Seine Gegenstände sind vor allen Dingen sehr preiswert, so daß jeder Siedler und Wohnungsinhaber bei ihm bestellen kann.

Das Tagesprogramm auf der Leipziger Messe fand seinen besonderen Reiz im Besuch des Kinos Albert-Balle, in der der russische Film „Zwan der Siedende“ vorgeführt wurde. Ein er-

schütterndes, fast sinnliches und ganz großes Film-Kunstwerk. Hoffentlich ist er bald in Halle zu sehen.

Mit einem von diesen Umständen befehten Sonderzug ging es zurück nach Halle, das von Leipzig, trotz des Flugplatzbetretes, allerhand lernen sollte. In Leipzig geht man aus sich heraus, hier schwebt sich der Magistrat allzulehr aus. Die eigenartige Behandlung der Markthallenfrage ist typisch (Leipzig baut eine neuen Markthallen). Hat der holländische Magistrat gewichtige Gründe gegen Markthallen und ähnlichen Verlautbarungen. So bequem wie diese Art der meisten besetzten Stadträte machen, verantworten sich jedenfalls die Stadträte in Leipzig, Berlin, Dresden, Frankfurt am Main, Breslau und nicht nur der Einwohnerschaft. Wichtige Probleme werden da in aller Öffentlichkeit erörtert. Was man früher Darunterstand hat, nennt, beschränkt man heute mit Gehör, sondern ganze Körperschaften vor ihr befragen sieht. Seiten Stellung ein. Es ist wohl kaum zu hoffen, daß der holländische Magistrat herabdenkenwähnen werden, schließlich diesen bedauerlichen Zustand offenbaren. Eine starke Arbeitserleichterung im Stadtparlament ist das einzig wirksame Arzneimittel.

Die Traditions-Zigarette der G. A. Jasmatzi A. G.

Pleo 5 Pfg. ist der Zeit entsprechend in neuem Gewande herausgebracht worden. In der Mischung wurde sie der jetzigen Geschmacksrichtung angepaßt. Immer größer wird die Zahl ihrer Verehrer, denn der gute Ruf ist heute, wie vor Jahren, unbestritten!

Jasmatzi PLEO zu 5 Pfg.
Allein echt von der G. A. Jasmatzi A. G. Dresden.

Radio-Ausstellung
Volksplatz Halle-Saale
Geöffnet täglich von 9 Uhr vormittags an
Anspielzeiten 9 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr, 13 Uhr, 14 Uhr, 15 Uhr, 16 Uhr, 17 Uhr, 18 Uhr, 19 Uhr, 20 Uhr, 21 Uhr, 22 Uhr, 23 Uhr, 24 Uhr, 25 Uhr, 26 Uhr, 27 Uhr, 28 Uhr, 29 Uhr, 30 Uhr, 31 Uhr, 32 Uhr, 33 Uhr, 34 Uhr, 35 Uhr, 36 Uhr, 37 Uhr, 38 Uhr, 39 Uhr, 40 Uhr, 41 Uhr, 42 Uhr, 43 Uhr, 44 Uhr, 45 Uhr, 46 Uhr, 47 Uhr, 48 Uhr, 49 Uhr, 50 Uhr, 51 Uhr, 52 Uhr, 53 Uhr, 54 Uhr, 55 Uhr, 56 Uhr, 57 Uhr, 58 Uhr, 59 Uhr, 60 Uhr, 61 Uhr, 62 Uhr, 63 Uhr, 64 Uhr, 65 Uhr, 66 Uhr, 67 Uhr, 68 Uhr, 69 Uhr, 70 Uhr, 71 Uhr, 72 Uhr, 73 Uhr, 74 Uhr, 75 Uhr, 76 Uhr, 77 Uhr, 78 Uhr, 79 Uhr, 80 Uhr, 81 Uhr, 82 Uhr, 83 Uhr, 84 Uhr, 85 Uhr, 86 Uhr, 87 Uhr, 88 Uhr, 89 Uhr, 90 Uhr, 91 Uhr, 92 Uhr, 93 Uhr, 94 Uhr, 95 Uhr, 96 Uhr, 97 Uhr, 98 Uhr, 99 Uhr, 100 Uhr, 101 Uhr, 102 Uhr, 103 Uhr, 104 Uhr, 105 Uhr, 106 Uhr, 107 Uhr, 108 Uhr, 109 Uhr, 110 Uhr, 111 Uhr, 112 Uhr, 113 Uhr, 114 Uhr, 115 Uhr, 116 Uhr, 117 Uhr, 118 Uhr, 119 Uhr, 120 Uhr, 121 Uhr, 122 Uhr, 123 Uhr, 124 Uhr, 125 Uhr, 126 Uhr, 127 Uhr, 128 Uhr, 129 Uhr, 130 Uhr, 131 Uhr, 132 Uhr, 133 Uhr, 134 Uhr, 135 Uhr, 136 Uhr, 137 Uhr, 138 Uhr, 139 Uhr, 140 Uhr, 141 Uhr, 142 Uhr, 143 Uhr, 144 Uhr, 145 Uhr, 146 Uhr, 147 Uhr, 148 Uhr, 149 Uhr, 150 Uhr, 151 Uhr, 152 Uhr, 153 Uhr, 154 Uhr, 155 Uhr, 156 Uhr, 157 Uhr, 158 Uhr, 159 Uhr, 160 Uhr, 161 Uhr, 162 Uhr, 163 Uhr, 164 Uhr, 165 Uhr, 166 Uhr, 167 Uhr, 168 Uhr, 169 Uhr, 170 Uhr, 171 Uhr, 172 Uhr, 173 Uhr, 174 Uhr, 175 Uhr, 176 Uhr, 177 Uhr, 178 Uhr, 179 Uhr, 180 Uhr, 181 Uhr, 182 Uhr, 183 Uhr, 184 Uhr, 185 Uhr, 186 Uhr, 187 Uhr, 188 Uhr, 189 Uhr, 190 Uhr, 191 Uhr, 192 Uhr, 193 Uhr, 194 Uhr, 195 Uhr, 196 Uhr, 197 Uhr, 198 Uhr, 199 Uhr, 200 Uhr, 201 Uhr, 202 Uhr, 203 Uhr, 204 Uhr, 205 Uhr, 206 Uhr, 207 Uhr, 208 Uhr, 209 Uhr, 210 Uhr, 211 Uhr, 212 Uhr, 213 Uhr, 214 Uhr, 215 Uhr, 216 Uhr, 217 Uhr, 218 Uhr, 219 Uhr, 220 Uhr, 221 Uhr, 222 Uhr, 223 Uhr, 224 Uhr, 225 Uhr, 226 Uhr, 227 Uhr, 228 Uhr, 229 Uhr, 230 Uhr, 231 Uhr, 232 Uhr, 233 Uhr, 234 Uhr, 235 Uhr, 236 Uhr, 237 Uhr, 238 Uhr, 239 Uhr, 240 Uhr, 241 Uhr, 242 Uhr, 243 Uhr, 244 Uhr, 245 Uhr, 246 Uhr, 247 Uhr, 248 Uhr, 249 Uhr, 250 Uhr, 251 Uhr, 252 Uhr, 253 Uhr, 254 Uhr, 255 Uhr, 256 Uhr, 257 Uhr, 258 Uhr, 259 Uhr, 260 Uhr, 261 Uhr, 262 Uhr, 263 Uhr, 264 Uhr, 265 Uhr, 266 Uhr, 267 Uhr, 268 Uhr, 269 Uhr, 270 Uhr, 271 Uhr, 272 Uhr, 273 Uhr, 274 Uhr, 275 Uhr, 276 Uhr, 277 Uhr, 278 Uhr, 279 Uhr, 280 Uhr, 281 Uhr, 282 Uhr, 283 Uhr, 284 Uhr, 285 Uhr, 286 Uhr, 287 Uhr, 288 Uhr, 289 Uhr, 290 Uhr, 291 Uhr, 292 Uhr, 293 Uhr, 294 Uhr, 295 Uhr, 296 Uhr, 297 Uhr, 298 Uhr, 299 Uhr, 300 Uhr, 301 Uhr, 302 Uhr, 303 Uhr, 304 Uhr, 305 Uhr, 306 Uhr, 307 Uhr, 308 Uhr, 309 Uhr, 310 Uhr, 311 Uhr, 312 Uhr, 313 Uhr, 314 Uhr, 315 Uhr, 316 Uhr, 317 Uhr, 318 Uhr, 319 Uhr, 320 Uhr, 321 Uhr, 322 Uhr, 323 Uhr, 324 Uhr, 325 Uhr, 326 Uhr, 327 Uhr, 328 Uhr, 329 Uhr, 330 Uhr, 331 Uhr, 332 Uhr, 333 Uhr, 334 Uhr, 335 Uhr, 336 Uhr, 337 Uhr, 338 Uhr, 339 Uhr, 340 Uhr, 341 Uhr, 342 Uhr, 343 Uhr, 344 Uhr, 345 Uhr, 346 Uhr, 347 Uhr, 348 Uhr, 349 Uhr, 350 Uhr, 351 Uhr, 352 Uhr, 353 Uhr, 354 Uhr, 355 Uhr, 356 Uhr, 357 Uhr, 358 Uhr, 359 Uhr, 360 Uhr, 361 Uhr, 362 Uhr, 363 Uhr, 364 Uhr, 365 Uhr, 366 Uhr, 367 Uhr, 368 Uhr, 369 Uhr, 370 Uhr, 371 Uhr, 372 Uhr, 373 Uhr, 374 Uhr, 375 Uhr, 376 Uhr, 377 Uhr, 378 Uhr, 379 Uhr, 380 Uhr, 381 Uhr, 382 Uhr, 383 Uhr, 384 Uhr, 385 Uhr, 386 Uhr, 387 Uhr, 388 Uhr, 389 Uhr, 390 Uhr, 391 Uhr, 392 Uhr, 393 Uhr, 394 Uhr, 395 Uhr, 396 Uhr, 397 Uhr, 398 Uhr, 399 Uhr, 400 Uhr, 401 Uhr, 402 Uhr, 403 Uhr, 404 Uhr, 405 Uhr, 406 Uhr, 407 Uhr, 408 Uhr, 409 Uhr, 410 Uhr, 411 Uhr, 412 Uhr, 413 Uhr, 414 Uhr, 415 Uhr, 416 Uhr, 417 Uhr, 418 Uhr, 419 Uhr, 420 Uhr, 421 Uhr, 422 Uhr, 423 Uhr, 424 Uhr, 425 Uhr, 426 Uhr, 427 Uhr, 428 Uhr, 429 Uhr, 430 Uhr, 431 Uhr, 432 Uhr, 433 Uhr, 434 Uhr, 435 Uhr, 436 Uhr, 437 Uhr, 438 Uhr, 439 Uhr, 440 Uhr, 441 Uhr, 442 Uhr, 443 Uhr, 444 Uhr, 445 Uhr, 446 Uhr, 447 Uhr, 448 Uhr, 449 Uhr, 450 Uhr, 451 Uhr, 452 Uhr, 453 Uhr, 454 Uhr, 455 Uhr, 456 Uhr, 457 Uhr, 458 Uhr, 459 Uhr, 460 Uhr, 461 Uhr, 462 Uhr, 463 Uhr, 464 Uhr, 465 Uhr, 466 Uhr, 467 Uhr, 468 Uhr, 469 Uhr, 470 Uhr, 471 Uhr, 472 Uhr, 473 Uhr, 474 Uhr, 475 Uhr, 476 Uhr, 477 Uhr, 478 Uhr, 479 Uhr, 480 Uhr, 481 Uhr, 482 Uhr, 483 Uhr, 484 Uhr, 485 Uhr, 486 Uhr, 487 Uhr, 488 Uhr, 489 Uhr, 490 Uhr, 491 Uhr, 492 Uhr, 493 Uhr, 494 Uhr, 495 Uhr, 496 Uhr, 497 Uhr, 498 Uhr, 499 Uhr, 500 Uhr, 501 Uhr, 502 Uhr, 503 Uhr, 504 Uhr, 505 Uhr, 506 Uhr, 507 Uhr, 508 Uhr, 509 Uhr, 510 Uhr, 511 Uhr, 512 Uhr, 513 Uhr, 514 Uhr, 515 Uhr, 516 Uhr, 517 Uhr, 518 Uhr, 519 Uhr, 520 Uhr, 521 Uhr, 522 Uhr, 523 Uhr, 524 Uhr, 525 Uhr, 526 Uhr, 527 Uhr, 528 Uhr, 529 Uhr, 530 Uhr, 531 Uhr, 532 Uhr, 533 Uhr, 534 Uhr, 535 Uhr, 536 Uhr, 537 Uhr, 538 Uhr, 539 Uhr, 540 Uhr, 541 Uhr, 542 Uhr, 543 Uhr, 544 Uhr, 545 Uhr, 546 Uhr, 547 Uhr, 548 Uhr, 549 Uhr, 550 Uhr, 551 Uhr, 552 Uhr, 553 Uhr, 554 Uhr, 555 Uhr, 556 Uhr, 557 Uhr, 558 Uhr, 559 Uhr, 560 Uhr, 561 Uhr, 562 Uhr, 563 Uhr, 564 Uhr, 565 Uhr, 566 Uhr, 567 Uhr, 568 Uhr, 569 Uhr, 570 Uhr, 571 Uhr, 572 Uhr, 573 Uhr, 574 Uhr, 575 Uhr, 576 Uhr, 577 Uhr, 578 Uhr, 579 Uhr, 580 Uhr, 581 Uhr, 582 Uhr, 583 Uhr, 584 Uhr, 585 Uhr, 586 Uhr, 587 Uhr, 588 Uhr, 589 Uhr, 590 Uhr, 591 Uhr, 592 Uhr, 593 Uhr, 594 Uhr, 595 Uhr, 596 Uhr, 597 Uhr, 598 Uhr, 599 Uhr, 600 Uhr, 601 Uhr, 602 Uhr, 603 Uhr, 604 Uhr, 605 Uhr, 606 Uhr, 607 Uhr, 608 Uhr, 609 Uhr, 610 Uhr, 611 Uhr, 612 Uhr, 613 Uhr, 614 Uhr, 615 Uhr, 616 Uhr, 617 Uhr, 618 Uhr, 619 Uhr, 620 Uhr, 621 Uhr, 622 Uhr, 623 Uhr, 624 Uhr, 625 Uhr, 626 Uhr, 627 Uhr, 628 Uhr, 629 Uhr, 630 Uhr, 631 Uhr, 632 Uhr, 633 Uhr, 634 Uhr, 635 Uhr, 636 Uhr, 637 Uhr, 638 Uhr, 639 Uhr, 640 Uhr, 641 Uhr, 642 Uhr, 643 Uhr, 644 Uhr, 645 Uhr, 646 Uhr, 647 Uhr, 648 Uhr, 649 Uhr, 650 Uhr, 651 Uhr, 652 Uhr, 653 Uhr, 654 Uhr, 655 Uhr, 656 Uhr, 657 Uhr, 658 Uhr, 659 Uhr, 660 Uhr, 661 Uhr, 662 Uhr, 663 Uhr, 664 Uhr, 665 Uhr, 666 Uhr, 667 Uhr, 668 Uhr, 669 Uhr, 670 Uhr, 671 Uhr, 672 Uhr, 673 Uhr, 674 Uhr, 675 Uhr, 676 Uhr, 677 Uhr, 678 Uhr, 679 Uhr, 680 Uhr, 681 Uhr, 682 Uhr, 683 Uhr, 684 Uhr, 685 Uhr, 686 Uhr, 687 Uhr, 688 Uhr, 689 Uhr, 690 Uhr, 691 Uhr, 692 Uhr, 693 Uhr, 694 Uhr, 695 Uhr, 696 Uhr, 697 Uhr, 698 Uhr, 699 Uhr, 700 Uhr, 701 Uhr, 702 Uhr, 703 Uhr, 704 Uhr, 705 Uhr, 706 Uhr, 707 Uhr, 708 Uhr, 709 Uhr, 710 Uhr, 711 Uhr, 712 Uhr, 713 Uhr, 714 Uhr, 715 Uhr, 716 Uhr, 717 Uhr, 718 Uhr, 719 Uhr, 720 Uhr, 721 Uhr, 722 Uhr, 723 Uhr, 724 Uhr, 725 Uhr, 726 Uhr, 727 Uhr, 728 Uhr, 729 Uhr, 730 Uhr, 731 Uhr, 732 Uhr, 733 Uhr, 734 Uhr, 735 Uhr, 736 Uhr, 737 Uhr, 738 Uhr, 739 Uhr, 740 Uhr, 741 Uhr, 742 Uhr, 743 Uhr, 744 Uhr, 745 Uhr, 746 Uhr, 747 Uhr, 748 Uhr, 749 Uhr, 750 Uhr, 751 Uhr, 752 Uhr, 753 Uhr, 754 Uhr, 755 Uhr, 756 Uhr, 757 Uhr, 758 Uhr, 759 Uhr, 760 Uhr, 761 Uhr, 762 Uhr, 763 Uhr, 764 Uhr, 765 Uhr, 766 Uhr, 767 Uhr, 768 Uhr, 769 Uhr, 770 Uhr, 771 Uhr, 772 Uhr, 773 Uhr, 774 Uhr, 775 Uhr, 776 Uhr, 777 Uhr, 778 Uhr, 779 Uhr, 780 Uhr, 781 Uhr, 782 Uhr, 783 Uhr, 784 Uhr, 785 Uhr, 786 Uhr, 787 Uhr, 788 Uhr, 789 Uhr, 790 Uhr, 791 Uhr, 792 Uhr, 793 Uhr, 794 Uhr, 795 Uhr, 796 Uhr, 797 Uhr, 798 Uhr, 799 Uhr, 800 Uhr, 801 Uhr, 802 Uhr, 803 Uhr, 804 Uhr, 805 Uhr, 806 Uhr, 807 Uhr, 808 Uhr, 809 Uhr, 810 Uhr, 811 Uhr, 812 Uhr, 813 Uhr, 814 Uhr, 815 Uhr, 816 Uhr, 817 Uhr, 818 Uhr, 819 Uhr, 820 Uhr, 821 Uhr, 822 Uhr, 823 Uhr, 824 Uhr, 825 Uhr, 826 Uhr, 827 Uhr, 828 Uhr, 829 Uhr, 830 Uhr, 831 Uhr, 832 Uhr, 833 Uhr, 834 Uhr, 835 Uhr, 836 Uhr, 837 Uhr, 838 Uhr, 839 Uhr, 840 Uhr, 841 Uhr, 842 Uhr, 843 Uhr, 844 Uhr, 845 Uhr, 846 Uhr, 847 Uhr, 848 Uhr, 849 Uhr, 850 Uhr, 851 Uhr, 852 Uhr, 853 Uhr, 854 Uhr, 855 Uhr, 856 Uhr, 857 Uhr, 858 Uhr, 859 Uhr, 860 Uhr, 861 Uhr, 862 Uhr, 863 Uhr, 864 Uhr, 865 Uhr, 866 Uhr, 867 Uhr, 868 Uhr, 869 Uhr, 870 Uhr, 871 Uhr, 872 Uhr, 873 Uhr, 874 Uhr, 875 Uhr, 876 Uhr, 877 Uhr, 878 Uhr, 879 Uhr, 880 Uhr, 881 Uhr, 882 Uhr, 883 Uhr, 884 Uhr, 885 Uhr, 886 Uhr, 887 Uhr, 888 Uhr, 889 Uhr, 890 Uhr, 891 Uhr, 892 Uhr, 893 Uhr, 894 Uhr, 895 Uhr, 896 Uhr, 897 Uhr, 898 Uhr, 899 Uhr, 900 Uhr, 901 Uhr, 902 Uhr, 903 Uhr, 904 Uhr, 905 Uhr, 906 Uhr, 907 Uhr, 908 Uhr, 909 Uhr, 910 Uhr, 911 Uhr, 912 Uhr, 913 Uhr, 914 Uhr, 915 Uhr, 916 Uhr, 917 Uhr, 918 Uhr, 919 Uhr, 920 Uhr, 921 Uhr, 922 Uhr, 923 Uhr, 924 Uhr, 925 Uhr, 926 Uhr, 927 Uhr, 928 Uhr, 929 Uhr, 930 Uhr, 931 Uhr, 932 Uhr, 933 Uhr, 934 Uhr, 935 Uhr, 936 Uhr, 937 Uhr, 938 Uhr, 939 Uhr, 940 Uhr, 941 Uhr, 942 Uhr, 943 Uhr, 944 Uhr, 945 Uhr, 946 Uhr, 947 Uhr, 948 Uhr, 949 Uhr, 950 Uhr, 951 Uhr, 952 Uhr, 953 Uhr, 954 Uhr, 955 Uhr, 956 Uhr, 957 Uhr, 958 Uhr, 959 Uhr, 960 Uhr, 961 Uhr, 962 Uhr, 963 Uhr, 964 Uhr, 965 Uhr, 966 Uhr, 967 Uhr, 968 Uhr, 969 Uhr, 970 Uhr, 971 Uhr, 972 Uhr, 973 Uhr, 974 Uhr, 975 Uhr, 976 Uhr, 977 Uhr, 978 Uhr, 979 Uhr, 980 Uhr, 981 Uhr, 982 Uhr, 983 Uhr, 984 Uhr, 985 Uhr, 986 Uhr, 987 Uhr, 988 Uhr, 989 Uhr, 990 Uhr, 991 Uhr, 992 Uhr, 993 Uhr, 994 Uhr, 995 Uhr, 996 Uhr, 997 Uhr, 998 Uhr, 999 Uhr, 1000 Uhr, 1001 Uhr, 1002 Uhr, 1003 Uhr, 1004 Uhr, 1005 Uhr, 1006 Uhr, 1007 Uhr, 1008 Uhr, 1009 Uhr, 1010 Uhr, 1011 Uhr, 1012 Uhr, 1013 Uhr, 1014 Uhr, 1015 Uhr, 1016 Uhr, 1017 Uhr, 1018 Uhr, 1019 Uhr, 1020 Uhr, 1021 Uhr, 1022 Uhr, 1023 Uhr, 1024 Uhr, 1025 Uhr, 1026 Uhr, 1027 Uhr, 1028 Uhr, 1029 Uhr, 1030 Uhr, 1031 Uhr, 1032 Uhr, 1033 Uhr, 1034 Uhr, 1035 Uhr, 1036 Uhr, 1037 Uhr, 1038 Uhr, 1039 Uhr, 1040 Uhr, 1041 Uhr, 1042 Uhr, 1043 Uhr, 1044 Uhr, 1045 Uhr, 1046 Uhr, 1047 Uhr, 1048 Uhr, 1049 Uhr, 1050 Uhr, 1051 Uhr, 1052 Uhr, 1053 Uhr, 1054 Uhr, 1055 Uhr, 1056 Uhr, 1057 Uhr, 1058 Uhr, 1059 Uhr, 1060 Uhr, 1061 Uhr, 1062 Uhr, 1063 Uhr, 1064 Uhr, 1065 Uhr, 1066 Uhr, 1067 Uhr, 1068 Uhr, 1069 Uhr, 1070 Uhr, 1071 Uhr, 1072 Uhr, 1073 Uhr, 1074 Uhr, 1075 Uhr, 1076 Uhr, 1077 Uhr, 1078 Uhr, 1079 Uhr, 1080 Uhr, 1081 Uhr, 1082 Uhr, 1083 Uhr, 1084 Uhr, 1085 Uhr, 1086 Uhr, 1087 Uhr, 1088 Uhr, 1089 Uhr, 1090 Uhr, 1091 Uhr, 1092 Uhr, 1093 Uhr, 1094 Uhr, 1095 Uhr, 1096 Uhr, 1097 Uhr, 1098 Uhr, 1099 Uhr, 1100 Uhr, 1101 Uhr, 1102 Uhr, 1103 Uhr, 1104 Uhr, 1105 Uhr, 1106 Uhr, 1107 Uhr, 1108 Uhr, 1109 Uhr, 1110 Uhr, 1111 Uhr, 1112 Uhr, 1113 Uhr, 1114 Uhr, 1115 Uhr, 1116 Uhr, 1117 Uhr, 1118 Uhr, 1119 Uhr, 1120 Uhr, 1121 Uhr, 1122 Uhr, 1123 Uhr, 1124 Uhr, 1125 Uhr, 1126 Uhr, 1127 Uhr, 1128 Uhr, 1129 Uhr, 1130 Uhr, 1131 Uhr, 1132 Uhr, 1133 Uhr, 1134 Uhr, 1135 Uhr, 1136 Uhr, 1137 Uhr, 1138 Uhr, 1139 Uhr, 1140 Uhr, 1141 Uhr, 1142 Uhr, 1143 Uhr, 1144 Uhr, 1145 Uhr, 1146 Uhr, 1147 Uhr, 1148 Uhr, 1149 Uhr, 1150 Uhr, 1151 Uhr, 1152 Uhr, 1153 Uhr, 1154 Uhr, 1155 Uhr, 1156 Uhr, 1157 Uhr, 1158 Uhr, 1159 Uhr, 1160 Uhr, 1161 Uhr, 1162 Uhr, 1163 Uhr, 1164 Uhr, 1165 Uhr, 1166 Uhr, 1167 Uhr, 1168 Uhr, 1169 Uhr, 1170 Uhr, 1171 Uhr, 1172 Uhr, 1173 Uhr, 1174 Uhr, 1175 Uhr, 1176 Uhr, 1177 Uhr, 1178 Uhr, 1179 Uhr, 1180 Uhr, 1181 Uhr, 1182 Uhr, 1183 Uhr, 1184 Uhr, 1185 Uhr, 1186 Uhr, 1187 Uhr, 1188 Uhr, 1189 Uhr, 1190 Uhr, 1191 Uhr, 1192 Uhr, 1193 Uhr, 1194 Uhr, 1195 Uhr, 1196 Uhr, 1197 Uhr, 1198 Uhr, 1199 Uhr, 1200 Uhr, 1201 Uhr, 1202 Uhr, 1203 Uhr, 1204 Uhr, 1205 Uhr, 1206 Uhr, 1207 Uhr, 1208 Uhr, 1209 Uhr, 1210 Uhr, 1211 Uhr, 1212 Uhr, 1213 Uhr, 1214 Uhr, 1215 Uhr, 1216 Uhr, 1217 Uhr, 1218 Uhr, 1219 Uhr, 1220 Uhr, 1221 Uhr, 1222 Uhr, 1223 Uhr, 1224 Uhr, 1225 Uhr, 1226 Uhr, 1227 Uhr, 1228 Uhr, 1229 Uhr, 1230 Uhr, 1231 Uhr, 1232 Uhr, 1233 Uhr, 1234 Uhr, 1235 Uhr, 1236 Uhr, 1237 Uhr, 1238 Uhr, 1239 Uhr, 1240 Uhr, 1241 Uhr, 1242 Uhr, 1243 Uhr, 1244 Uhr, 1245 Uhr, 1246 Uhr, 1247 Uhr, 1248 Uhr, 1249 Uhr, 1250 Uhr, 1251 Uhr, 1252 Uhr, 1253 Uhr, 1254 Uhr, 1255 Uhr, 1256 Uhr, 1257 Uhr, 1258 Uhr, 1259 Uhr, 1260 Uhr, 1261 Uhr, 1262 Uhr, 1263 Uhr, 1264 Uhr, 1265 Uhr, 1266 Uhr, 1267 Uhr, 1268 Uhr, 1269 Uhr, 1270 Uhr, 1271 Uhr, 1272 Uhr, 1273 Uhr, 1274 Uhr, 1275 Uhr, 1276 Uhr, 1277 Uhr, 1278 Uhr, 1279 Uhr, 1280 Uhr, 1281 Uhr, 1282 Uhr, 1283 Uhr, 1284 Uhr, 1285 Uhr, 1286 Uhr, 1287 Uhr, 1288 Uhr, 1289 Uhr, 1290 Uhr, 1291 Uhr, 1292 Uhr, 1293 Uhr, 1294 Uhr, 1295 Uhr, 1296 Uhr, 1297 Uhr, 1298 Uhr, 1299 Uhr, 1300 Uhr, 1301 Uhr, 1302 Uhr, 1303 Uhr, 1304 Uhr, 1305 Uhr, 1306 Uhr, 1307 Uhr, 1308 Uhr, 1309 Uhr, 1310 Uhr, 1311 Uhr, 1312 Uhr, 1313 Uhr, 1314 Uhr, 1315 Uhr, 1316 Uhr, 1317 Uhr, 1318 Uhr, 1319 Uhr, 1320 Uhr, 1321 Uhr, 1322 Uhr, 1323 Uhr, 1324 Uhr, 1325 Uhr, 1326 Uhr, 1327 Uhr, 1328 Uhr, 1329 Uhr, 1330 Uhr, 1331 Uhr, 1332 Uhr, 1333 Uhr, 1334 Uhr, 1335 Uhr, 1336 Uhr, 1337 Uhr, 1338 Uhr, 1339 Uhr, 1340 Uhr, 1341 Uhr, 1342 Uhr, 1343 Uhr, 1344 Uhr, 1345 Uhr, 1346 Uhr, 1347 Uhr, 1348 Uhr, 1349 Uhr, 1350 Uhr, 1351 Uhr, 1352 Uhr, 1353 Uhr, 1354 Uhr, 1355 Uhr, 1356 Uhr, 1357 Uhr, 1358 Uhr, 1359 Uhr, 1360 Uhr, 1361 Uhr, 1362 Uhr, 1363 Uhr, 1364 Uhr, 1365 Uhr, 1366 Uhr, 1367 Uhr, 1368 Uhr, 1369 Uhr, 1370 Uhr, 1371 Uhr, 1372 Uhr, 1373 Uhr, 1374 Uhr, 1375 Uhr, 1376 Uhr, 1377 Uhr, 1378 Uhr, 1379 Uhr, 1380 Uhr, 1381 Uhr, 1382 Uhr, 1383 Uhr, 1384 Uhr, 1385 Uhr, 1386 Uhr, 1387 Uhr, 1388 Uhr, 1389 Uhr, 1390 Uhr, 1391 Uhr, 1392 Uhr, 1393 Uhr, 1394 Uhr, 1395 Uhr, 1396 Uhr, 1397 Uhr, 1398 Uhr, 1399 Uhr, 1400 Uhr, 1401 Uhr, 1402 Uhr, 1403 Uhr, 1404 Uhr, 1405 Uhr, 1406 Uhr, 1407 Uhr, 1408 Uhr, 1409 Uhr, 1410 Uhr, 1411 Uhr, 1412 Uhr, 1413 Uhr, 1414 Uhr, 1415 Uhr, 1416 Uhr, 1417 Uhr, 1418 Uhr, 1419 Uhr, 1420 Uhr, 1421 Uhr, 1422 Uhr, 1423 Uhr, 1424 Uhr, 1425 Uhr, 1426 Uhr, 1427 Uhr, 1428 Uhr, 1429 Uhr, 1430 Uhr, 1431 Uhr, 1432 Uhr, 1433 Uhr, 1434 Uhr, 1435 Uhr, 1436 Uhr, 1437 Uhr, 1438 Uhr, 1439 Uhr, 1440 Uhr, 1441 Uhr, 1442 Uhr, 1443 Uhr, 1444 Uhr, 1445 Uhr, 1446 Uhr, 1447 Uhr, 1448 Uhr, 1449 Uhr, 1450 Uhr, 1451 Uhr, 1452 Uhr, 1453 Uhr, 1454 Uhr, 1455 Uhr, 1456 Uhr, 1457 Uhr, 1458 Uhr, 1459 Uhr, 1460 Uhr, 1461 Uhr, 1462 Uhr, 1463 Uhr, 1464 Uhr, 1465 Uhr, 1466 Uhr, 1467 Uhr, 1468 Uhr, 1469 Uhr, 1470 Uhr, 1471 Uhr, 1472 Uhr, 1473 Uhr, 1474 Uhr, 1475 Uhr, 1476 Uhr, 1477 Uhr, 1478 Uhr, 1479 Uhr, 1480 Uhr, 1481 Uhr, 1482 Uhr, 1483 Uhr, 1484 Uhr, 1485 Uhr, 1486 Uhr, 1487 Uhr, 1488 Uhr, 1489 Uhr, 1490 Uhr, 1491 Uhr, 1492 Uhr, 1493 Uhr, 1494 Uhr, 1495 Uhr, 1496 Uhr, 1497 Uhr, 1498 Uhr, 1499 Uhr, 1500 Uhr, 1501 Uhr, 1502 Uhr, 1503 Uhr, 1504 Uhr, 1505 Uhr, 1506 Uhr, 1507 Uhr, 1508 Uhr, 1509 Uhr, 1510 Uhr, 1511 Uhr, 1512 Uhr, 1513 Uhr, 1514 Uhr, 1515 Uhr, 1516 Uhr, 1517 Uhr, 1518 Uhr, 1519 Uhr, 1520 Uhr, 1521 Uhr, 1522 Uhr, 1523 Uhr, 1524 Uhr, 1525 Uhr, 1526 Uhr, 1527 Uhr, 1528 Uhr, 1529 Uhr, 1530 Uhr, 1531 Uhr, 1532 Uhr, 1533 Uhr, 1534 Uhr, 1535 Uhr, 1536 Uhr, 1537 Uhr, 1538 Uhr, 1539 Uhr, 1540 Uhr, 1541 Uhr, 1542 Uhr, 1543 Uhr, 1544 Uhr, 1545 Uhr, 1546 Uhr, 1547 Uhr, 1548 Uhr, 1549 Uhr, 1550 Uhr, 1551 Uhr, 1552 Uhr, 1553 Uhr, 1554 Uhr, 1555 Uhr, 1556 Uhr, 1557 Uhr, 1558 Uhr, 1559 Uhr, 1560 Uhr, 1561 Uhr, 1562 Uhr, 1563 Uhr, 1564 Uhr, 1565 Uhr, 1566 Uhr, 1567 Uhr, 1568 Uhr, 1569 Uhr, 1570 Uhr, 1571 Uhr, 1572 Uhr, 1573 Uhr, 1574 Uhr, 1575 Uhr, 1576 Uhr, 1577 Uhr, 1578 Uhr, 1579 Uhr, 1580 Uhr, 1581 Uhr, 1582 Uhr, 1583 Uhr, 1584 Uhr, 1585 Uhr, 1586 Uhr, 1587 Uhr, 1588 Uhr, 1589 Uhr, 1590 Uhr, 1591 Uhr, 1592 Uhr, 1593 Uhr, 1594 Uhr, 1595 Uhr, 1596 Uhr, 1597 Uhr, 1598 Uhr, 1599 Uhr, 1600 Uhr, 1601 Uhr, 1602 Uhr, 1603 Uhr, 1604 Uhr, 1605 Uhr, 1606 Uhr, 1607 Uhr, 1608 Uhr, 1609 Uhr, 1610 Uhr, 1611 Uhr, 1612 Uhr, 1613 Uhr, 1614 Uhr, 1615 Uhr, 1616 Uhr, 1617 Uhr, 1618 Uhr, 1619 Uhr, 1620 Uhr, 1621 Uhr, 1622 Uhr, 1623 Uhr, 1624 Uhr, 1625 Uhr, 1626 Uhr, 1627 Uhr, 1628 Uhr, 1629 Uhr, 1630 Uhr, 1631 Uhr, 1632 Uhr, 1633 Uhr, 1634 Uhr, 1635 Uhr, 1636 Uhr, 1637 Uhr, 1638 Uhr, 1639 Uhr, 1640 Uhr, 1641 Uhr, 1642 Uhr, 1643 Uhr, 1644 Uhr, 1645 Uhr, 1646 Uhr, 1647 Uhr, 1648 Uhr, 1649 Uhr, 1650 Uhr, 1651 Uhr, 1652 Uhr, 1653 Uhr, 1654 Uhr, 1655 Uhr, 1656 Uhr, 1657 Uhr, 1658 Uhr, 1659 Uhr, 1660 Uhr, 1661 Uhr, 1662 Uhr, 1663 Uhr, 1664 Uhr, 1665 Uhr, 1666 Uhr, 1667 Uhr, 1668 Uhr, 1669 Uhr, 1670 Uhr, 1671 Uhr, 1672 Uhr, 1673 Uhr, 1674 Uhr, 1675 Uhr, 1676 Uhr, 1677 Uhr, 1678 Uhr, 1679 Uhr, 1680 Uhr, 1681 Uhr, 1682 Uhr, 1683 Uhr, 1684 Uhr, 1685 Uhr, 1686 Uhr, 1687 Uhr, 1688 Uhr, 1689 Uhr, 1690 Uhr, 1691 Uhr, 1692 Uhr, 1693 Uhr, 1694 Uhr, 1695 Uhr, 1696 Uhr, 1697 Uhr, 1698 Uhr, 1699 Uhr, 1700 Uhr, 1701 Uhr, 1702 Uhr, 1703 Uhr, 1704 Uhr, 1705 Uhr, 1706 Uhr, 1707 Uhr, 1708 Uhr, 1709 Uhr, 1710 Uhr, 1711 Uhr, 1712 Uhr, 1713 Uhr, 1714 Uhr, 1715 Uhr, 1716 Uhr, 1717 Uhr, 1718 Uhr, 1719 Uhr, 1720 Uhr, 1721 Uhr, 1722 Uhr, 1723 Uhr, 1724 Uhr, 1725 Uhr, 1726 Uhr, 1727 Uhr, 1728 Uhr, 1729 Uhr, 1730 Uhr, 1731 Uhr, 17

Gewerkschaftsbewegung

Katzenarbeiter, bereitet Euch vor zum Streik!

Von den Vorständen der am Zentralfabrik der Metallindustrie beteiligten Arbeiterorganisationen ist der Streiktermin auf den 1. Februar 3. u. 4. Mai festgelegt worden. Die lokalen, insbesondere die Betriebsvereinigungen der Katzenarbeiter sind jedoch, wie das in den Anträgen des Kapitalgebers für die gesamte Arbeiterbevölkerung der Fall war. Seit Januar 1924 wurden der Lebertrage- und Gießerei-Arbeiter, die hier in giftigen und gasförmigen Dämpfen arbeiten müssen, durch Schiedsgericht der 12tägigen Arbeitszeit aufgezogen. Nur darin noch eine Ausnahme vorgehen, so haben die Ausbeuter dafür gesorgt, daß auch hierzu der Arbeiter keine Zeit mehr bleibt. Seit Jahr und Tag werden die Katzenarbeiter gequält, außerdem täglich noch 3 bis 4 Leberstunden zu leisten. Auch ist es im Kalk-Verfahren keine Seltenheit, daß unter Tag beschäftigte Katzenarbeiter, die laut Vertrag eine 8 1/2tägige Arbeitszeit haben, an Stelle von 6 Schichten in der Woche 9, 10, ja auch 11 Schichten arbeiten müssen. Am Durchschnitt beträgt eine wöchentliche Arbeitszeit von 80 Stunden.

Die am Ort wohnhaften Arbeiter hat man meist wegen ihrer radikalen Einstellung diesen Ausbeutungsmethoden gegenüber aus dem Betrieb hinausgeworfen und dafür ostprende Arbeiter herangezogen. In salernantischen Räumen sind sie zu je 6 Mann in den Schmelzöfen untergebracht. Wegen der schlechten Luftverhältnisse haben viele trotz des Verlustes der Erwerbslosenunterstützung es vorgezogen, die Annahme von Arbeit in den Kalkgruben und Gießereien zu verweigern. Durch eine wüderliche Unterbreiher sind die Leistungen des einzelnen Arbeiters um 20 Prozent geteigert worden. Die Kalk-Tagelöhner haben sich durch die schlechte Arbeit ergeben. Dabei sind in den meisten Kalkwerken so gut wie keine sanitären Einrichtungen vorhanden. Die Mühseligkeit in der Ausbeutung der Arbeiter gab diesen Kapitalisten die Möglichkeit, schon im Jahre 1925 einen Meingewinn von 50 Millionen Mark erzielt zu erzielen. Demnach betragen die Gesamtgewinne mit 228 Millionen Mark. Im Jahre 1926 ist die Lage auf 244 Millionen Mark geteigert worden. Für dieses Jahr wird der Meingewinn nach höher ausfallen. Von den Gesamtgewinnen im vergangenen Jahre fielen ein Duzend Millionen allein 41 Millionen Mark ein, während 29 000 Katzenarbeiter insgesamt nur 37 Millionen Mark erhielten.

Die Katzenarbeiter müssen jetzt die Kündigung des Mantelarbeiters und des Arbeitszeitabkommens benutzen, um alle Schritte zu mobilisieren. In Belegschaftsversammlungen gibt es, Stellung zu nehmen. Sie müssen ihren Kampf verbinden mit den Interessen der Erwerbslosen, die durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden für die Unternehmungen der Erwerbslosen zu kämpfen haben. Arbeiter in den Produktionsprozess eingetieft werden können. Gleichzeitig sind bei diesem Kampf wüderliche Verbesserungen in den sozialen und rechtlichen Verhältnissen der Katzenarbeiter herauszufinden, es ist die Möglichkeit gegeben, die Löhne zu erhöhen und das Arbeitslohn in den Kalkwerken zu bestimmen.

Die Wittenberger Chemiearbeiter für ernkhaltenen Kampf

Die Branche Chemie des Fabrikarbeiterverbandes hielt am 11. März im „Schützenhaus“ Reinwittenberg eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Die Satzung der Gewerkschaften. 2. Bericht von der Branchenkongress in Halle. Den 1. Punkt der Tagesordnung behandelte die Versammlung, die sich besonders zu entnehmen, daß die Haftung der Gewerkschaften über Streiks bei lebenswichtigen Betrieben erwidert. Darüber hinaus ist der Boykott ebenfalls strafbar wie die passive Weisheit. Das fände daher, weil der § 829 des StGB. folgendes sagt: „Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.“

Die Zuhörer nahmen die Ausführungen des Kollegen Zeisel mit teilnehmendem Gesäulter und teilweiser Entrüstung entgegen. In der sich anschließenden Diskussion hehrten alle Redner ihre Ansicht dahingehend zum Ausdruck, daß mit einer Anerkennung dieser Satzung die Gewerkschaften als Kampforganisationen ein für allemal erledigt seien. Um einen Konflikt mit dem StGB. und demzufolge mit der bürgerlichen Gesellschaft zu vermeiden, müßten die Gewerkschaften den Streik als Mittel der Auseinandersetzung nicht mehr heranziehen. Die Anwesenden waren sich klar darüber, daß nur mit der Überwindung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein wirkliches Arbeitsrecht geschaffen werden kann. Die Gewerkschaften haben daher die Aufgabe, nicht als Schrittmacher der bürgerlichen Gesellschaft zu wirken, sondern als Vorhut im Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft zu kämpfen.

Den Bericht von der Branchenkongress in Halle gab Kollege Lohse. Es war daraus zu entnehmen, daß der Gausleiter Schneider sich bezüglich wenig um die Lohnforderungen der Arbeiterbevölkerung kümmert hat. Sein Antrag lautete: Die Höhe der Lohnforderungen bleibt der Lohnkommission in Halle überlassen. Am Abgänger beschäftigte er sich damit, mit allen Mitteln seiner bekannten Demagogie die Opposition zu bekämpfen. — In der Diskussion kam daher ein allgemeines Mißtrauen gegen das Gebaren Schneiders, und es wurde zum Schluß der Appell an die Versammelten gerichtet, viel mehr als bisher in den Gewerkschaften zu arbeiten und neue Mitglieder zu werben, damit es durch verstärkten Druck gelingt, derartige Führer zu beseitigen.

Kampf gegen Unfallgefahr und für höhere Löhne

Wie bereits gefolgt kurz gemeldet, ist die 170 Mann starke Belegschaft der Firma Steffens & Wölke auf der „A.-B.-Bankette“ der Gauselischen Eisenwerke in Halle im Streik getreten. Die Arbeiter, die zu dem Streik führten, sind sehr mannigfaltiger Art. Die Arbeiter haben verschiedene Arbeit, wo fast täglich Unfallfälle zu verzeichnen sind, zehlt die Firma den horrenden Lohn für Facharbeiter über 23 Jahre 75 Pf. und für Ungelehrte über 23 Jahre 67 Pf. pro Stunde. Da in der Belegschaft ein großer Teil jugendlicher Arbeiter bei jeder Arbeit beschäftigt wird, dürfte der Stundenlohn von 75 und 67 Pf. nur von sehr wenigen erreicht werden. Die Belegschaft fordert einen Lohn für Gelehrte von 1,15 und für Ungelehrte von 1 Mark.

Wenn man die Gefährlichkeit der Konstruktionsarbeit auf der Bankette in Betracht zieht, so ist diese Forderung als eine sehr bescheidene anzusehen. Darüber hinaus muß die Belegschaft nicht nur für höhere Löhne kämpfen, sondern auch für den Unfallsschutz. (Die Gefährlichkeit der Konstruktionsarbeit bei diesen großen Bauten ist bereits bei dem Bau des Großkraftwerkes Kummelsgrub deutlich in Erscheinung getreten. Bis zu 50 Meter Höhe in mehreren Etagen übereinander arbeiten zulettendgedrängt auf einem verhältnismäßig kleinen Raum ohne genügende Schutzvorrichtungen sind bis sechs Firmen. Die Unfallverletzungsopfer sind in der Regel vollkommen verloren zu sein. Es wird zwar von den Leitungen der einzelnen Firmen „offiziell“ kein Verbot der Arbeit über 50 Meter verboten, doch wird von den Unterorganen streng darauf geachtet, daß für den Bau von Schutgerüsten nicht allzulange Zeit „ver-

schwendet“ wird. Einige Bretter, auf denen nur eben der Fuß stehen kann, sind bei der Firma vorfahrtsmäßige Schutgerüste. Hat ein Schloßer die Absicht, sich ein besseres Gerüst zu bauen, so wird ihm durch irgendeinen Monteur der Firma vorgezählt, wie man auch ohne derartige Vorrichtungen die Arbeit „schön und billig“ ausführen kann. Es ist bei dieser Arbeitsmethode daher kein Wunder, daß fast täglich Belegungen der unten beschäftigten Arbeiter durch herabfallende Wägen, Werkzeuge usw. vorkommen.

Einzelne Monteur scheinen sich besonders in der Umgebung der Unfallverletzungsopfer herorzuzugewinnen zu wollen, wie bei am Freitag vorgekommenen Unfallfall beweist, bei dem der Schloßer Fritz Thiele und weitere zwei Arbeiter verletzt wurden. Trotzdem der Monteur meinte, daß das Seil falsch war und der Montageleiter ihm ausdrücklich, in Gegenwart von Zeugen, die weitere Benutzung dieses Seiles verboten hatte, zog er damit einen schweren Trüger in die Höhe, die Arbeiter haben sich gegen die Verletzung und die Forderungen der Belegschaft verhalten. Bislang der Arbeiterbevölkerung der Industriebezirks Wittenberg, hauptsächlich aber der Arbeiterbevölkerung der auf dieser Bankette nach beschäftigten Firmen ist es, den Kampf der Belegschaft der Firma Steffens & Wölke gegen die Missetaten zu unterstützen. Was die Kollegen können, die in der Streiktraten bei einer Abstimmung von 115 (für), 9 (gegen), 4 (Enthaltung), können auch die anderen. Auch sie müssen den Kampf gegen die Unfallgefahren aufnehmen.

Ueber die Veranlassung, in der der Streik beschlossen wurde, geht uns kurz vor Verhandlungsschluß nach folgender Bericht zu:

„Viele Unternehmer bzw. Betriebsleitungen sabotieren das Gesetz gegen offene. Eine große Zahl mittlerer und kleinerer Betriebe haben überhaupt keine Betriebsvereinigungen mehr. Die Arbeiter in diesen Betrieben sind gezwungen, die Interessen der Betriebsleitungen hilflos gegenüber nicht ausgeführt. Von den Belegschaftsmitgliedern mag in solchen Fällen niemand von der Belegschaft die Durchführung der gesetzlichen Vorschriften zu verlangen. Wer es mag, ist nach Überstimmung der Ansicht der Gelehrten, daß das Gesetz „Der Deutsche“ das Organ der christlichen Gewerkschaften, die damit befaßten, was wir schon oft an vielen Beispielen unseren Lesern gezeigt haben. Was ergibt sich daraus? Höchste Aktivität und sorgfältige Ausübung aller Rechte, die der Arbeiterbevölkerung noch geblieben sind!

Kein Betrieb ohne freigewerkschaftlichen Betriebsrat.

Die am Dienstagmittag im „Schützenhaus“ von Reinwittenberg stattgehabene Versammlung war stark besucht. Nach einem belehrenden Vortrag des Kollegen Scheufle (Wittenberg) über die organisatorische Seite des Streiks und über die Fortschritte der Belegschaften, wurde ein Antrag angenommen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bevor die Forderungen bezüglich ist. Die Drohung mit der Entlassung wurde als Bluff aufgeföhrt. Eine dahingehende Resolution fand einstimmige Annahme.

Nach einer Vertagung wurde mit der Belegschaft und der Firma verhandelt. Die letzte den Streikenden wurde, die Firma erklärte die Abweisung der Streikenden wurde je nach Nachgeben. Sie erklärten sich für Mittwoch vormittag zur Verhandlung bereit. Die Kommission wurde beauftragt, von den Forderungen der Streikenden nicht abzulassen.

Von Kritik hat man den Arbeitsnachweis schon Arbeiter geholt, ohne zu sagen, daß hier getreift wird. Diese Arbeiter lehnten aber die Arbeit ab. Der Streik findet Unterstützung durch die „Monist“, die evtl. Streiktreiber zu Ordnung rufen. Ein Obermeister ist auch schon abgetreift, nachdem er sich mit der Leitung nichtig gerührt hatte.

Bergarbeiterversammlung in Kossig

Am Sonntag, dem 6. März, fand im Goltshof Oberbergesha eine Bergarbeiterversammlung der Zählstelle Kossig statt, in der der Bericht von der Bezirkskonferenz am 27. Februar zur Verhandlung kam. Die Kammer des Bergbauwesens hat sich in überaus schickliches Bild über den Stand der Organisation innerhalb des Bezirkes. Die finanziellen Begebenheiten, Mitgliederbewegung und tatsächliche Maßnahmen zieren eine längere Aussprache hervor. Der Verbandsvorstand hat den Kampfsphären der Organisation betont, aber die meisten Anteil an Streik und Unzufriedenheit unter der Leitung weisen nur einen Aufwand von 300 Mark auf, während für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung etwa 80 000 Mark ausgegeben wurden. Hier hat man einen beträchtlichen Teil finanziert.

Kampfororganisation oder Unterstützungsverein?

Den Beispielen anderer gewerkschaftlicher Organisationen, Verlehrsband, Beizer und Maschinenbau usw., folgten, wo neben den anderen Unterstützungsvereinigungen bereits eine Pensionstafel eingerichtet wurde, die den Bergarbeitern ein gewisses Maß an Lebenshilfe für die Zukunft zu machen. Der „Proletarier“, das Organ dieses Verbandes, bringt in Nr. 11 einen längeren Artikel: „Selbsthilfe für die Arbeiter und für die Erwerbslosen“, der die Forderungen konkretisiert und die Erwartung ausdrückt, daß der Verbandsvorstand schnell dazu Stellung nimmt. Die gleiche Methode, wie im vergangenen Jahre im MVB, vor dem Verbandstag! Es wird hingewiesen, daß die Unternehmer Arbeiter über 40 Jahre kaum mehr einstellen, daß die Arbeitslosigkeit zu einem Dauerzustand zu werden droht und daß die Invalidenversicherung so wenig ausreicht, daß hier nur alle Anstrengungen der Selbsthilfe der Arbeiterbevölkerung eintreten muß. Dazu heißt es:

„Auf den Ausbau der Invalidenversicherung zu warten, ist nicht angängig, zumal der Versicherungsbeitrag nicht genügt sein wird, die Renten ausreichend zu erhöhen. Wir müssen also zur Selbsthilfe auf diesem Zweige der sozialen Bekämpfung greifen, mögen auch unsere Kollegen auf verwandten den Kopf schütteln, lei es, daß sie die zu erwartende Mehrarbeit fürchten oder gar noch immer glauben, Selbsthilfe sei etwas, was dem Kampfsphären der Organisation Abbruch zu tun könnte.“

Deshalb wird dann gefordert, daß eine Invalidenversicherung eingeföhrt werden soll, daß dazu eine Beitragserhöhung eintritt, daß denn die Mitglieder nach etwa 20 bis 30 Jahren die Beiträge einbringen in den Genuß einer monatlichen Unterstützung von 10 bis 12 Mark kommen könnten.

Zweifellos steht es fest, daß die Lage der alt und invalid gewordenen Arbeiter eine traurige ist, daß die Invalidenrente zu gering, zu niedrig bemessen ist, und daß auch die Wärgelobst-Regierung nicht daran denkt, diese Arbeiter zu unterstützen, sondern eintreten zu lassen. Nach der Argumentation des Verfassers rechnet er also damit, daß nach 10 und 12 Jahren, wenn die von ihm vorgeschlagene Invalidenunterstützung in Kraft tritt, noch immer die gleiche bürgerliche Regierung bestehen soll, ein Anblick, mit dem die Mitglieder ein sehr gestimmtes Bild der Wärgelobst-Regierung des Arbeiterverbandes einzeichnen wird dürfte. Aus dieser Feststellung ergibt sich aber schon die ganze Doppelzungenigkeit dieser jetzt in den Gewerkschaften in so hartem Maße propagierten Forderung nach Schaffung von Invaliden- und Pensionseinrichtungen. Der mehr oder weniger in der Vergangenheit durch die Wärgelobst-Regierung der Beiträge zu erreichen verläßt wird. Die Mitglieder sollen in noch härtere Abhängigkeit gebracht werden, um jede Oppo-

Betriebsmord!

Aus 15 Meter Höhe abgehürkt!

Auf dem Neubau der A. Reichelshaus Metallwerke auf Grube „Rauburg“ bei Deuben hürkte ein Eisenkonstruktionsarbeiter der Kesselschmied A. Rogmann aus 15 Meter Höhe ab und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Sein Zustand ist bedenklich.

Wird die Bekämpfung des Betriebsmordes nicht als weitere mit Gewerkschaften und Ausschüssen gegen die Kommunisten? Der Arbeitsgemeinschaftsgebäude wird als Krebs in der Gewerkschaftsbewegung bezeichnet. Zusammenfassung der Bergarbeiter in einem einheitlichen Zeitpunkt im Reichsbund, Kampf um besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit in Verbindung mit anderen wichtigen Berufsgruppen kann die Bergarbeiter nur normativen bringen. Dennoch sind alle Anträge in diesem Sinne selbst für die Vorbereitung zur Überoberregierung des Abstimmungsbeschlusses der Belegschaft abgelehnt worden. Die Verammelten trachten den Delegierten Weidner und Haas für ihre Stellungnahme auf der Bezirkskonferenz bei einigen Stimmabstimmungen das Vertrauen aus.

Auch die Frage Steinmeh, Meuselwitz, was Gesandten lehrhafter Aussprache. Man sieht in ihm nicht die geeignete Person als Funktionär des Bergarbeiterverbandes und ist allseitig der Auffassung, wer die Arbeitszeit als Gewerkschaftsfunktionär noch verlängern anläßt verdrängen hilft, ist untragbar. Die Stellung Steinmehs müßte aus Grundsatzgründen entzogen werden. Hier konnten sich einige SPD-Gesellen nicht entscheiden. Die Abstimmung ergab das gleiche Bild. Annahme mit einigen Stimmabstimmungen. Man sollte einen Teil der Mittel zur agitatorischen Stärkung der unteren Funktionäre verwenden, damit sie an der Arbeit der Gewerkschaften für die Organisation helfen zu arbeiten in der Lage sind. Es folgte nach die Wahl von Bindungs-ausschuss und Kartelldelegierten, wobei nur oppositionelle Kameraden gewählt wurden.

Alle anwesenden Kameraden werden langsam betreten, daß es auf diesem Wege nicht länger weitergehen kann. Aber Kamerad! Warte dich deshalb um das Banner der Sozialisten, um für die bevorstehenden Kämpfe um den Volksfundament gerüstet zu sein.

Lagung des MVB-Beirats

Keine Stellungnahme zu den Kämpfen

Die Sitzung des Erweiterten Beirats des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die am 10. und 11. März in Leipzig tagte, hat zu den Arbeitsverhältnissen und zu der Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung für Verbandsmitglieder Stellung genommen. Diese Stellung genommen werden, die die Beschlüsse des Verbandes in höchste Berücksichtigung zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen in der Metallindustrie Berlins, Mitteldeutschlands und Sachsens.

Der Erweiterte Beirat hat sich bezüglich, die Verbandskollegen aufzufordern, jede Heberarbeit über die tariflich festgesetzte Zeit hinaus abzuheben. Diese Aufforderung ist, obwohl es dem Ergebnis zum Abstimmungsbeschlusse der Belegschaft abgelehnt wurde, völlig ungenügend, ja, insofern ihrer Zweideutigkeit direkt verdächtig. Die Metallarbeiter fordern die 46 1/2 Stunden-Woche. Der Beirat des Verbandes fordert aber auch für die Belegschaften, die nicht dem Verbandes angehören, die gleiche Woche gegen den Willen der kämpfenden Mitglieder getätigt wurde.

Die vor dem Kampf stehenden Metallarbeiter in allen Bezirken haben die Pflicht, die Invalidenversicherung zu bestehen, daß sie mit einer solchen ungenügenden und verdränglichen „Kampfführung“ nichts gemein haben, sondern auf den Volksfundament unter allen Umständen bestehen.

„Kommunistische Gedanken“

Auch die Beamen werden an! Bei der Reichskonferenz in Wittenberg wird zuerst Kurze eingebracht für Reichsführer-Admiral, der teils von Halle, Wittenberg, Kossig usw. herkommen. Da die Leute von weither nicht jeden Tag nach Halle fahren können, forderten diese pro Monat 25 Mark mehr. Was von dem Anführer als „kommunistische Gedanken“ bezeichnet und abgelehnt wurde. Soffortlich riefen die Beamen an, was aus diesem guten Zeugnis für die kommunistische Partei und gehen geschloßen zur roten Front.

Weiter leistet sich der Inspektor Sachen, welche angeprangert werden müssen. Er nimmt die Teilnahme des Kurles teilweise in die Rechte und legt sie in die Rechte ein. Ja, ja, Herr Inspektor, auch die Beamen machen auf, und wir fordern, daß wir sofort aus der Rote gehen müssen, sonst werden wir andere Schritte unternehmen.

„Kommunistische Gedanken“

Auch die Beamen werden an! Bei der Reichskonferenz in Wittenberg wird zuerst Kurze eingebracht für Reichsführer-Admiral, der teils von Halle, Wittenberg, Kossig usw. herkommen. Da die Leute von weither nicht jeden Tag nach Halle fahren können, forderten diese pro Monat 25 Mark mehr. Was von dem Anführer als „kommunistische Gedanken“ bezeichnet und abgelehnt wurde. Soffortlich riefen die Beamen an, was aus diesem guten Zeugnis für die kommunistische Partei und gehen geschloßen zur roten Front.

„Kommunistische Gedanken“

Weiter leistet sich der Inspektor Sachen, welche angeprangert werden müssen. Er nimmt die Teilnahme des Kurles teilweise in die Rechte und legt sie in die Rechte ein. Ja, ja, Herr Inspektor, auch die Beamen machen auf, und wir fordern, daß wir sofort aus der Rote gehen müssen, sonst werden wir andere Schritte unternehmen.

Stadt Halle

Erwerbslose Männer und Frauen!

Heraus zum Reichserwerbslosentag

am Freitag, dem 18. März 1927, vormittags 10 Uhr, Versammlung im „Vollspart“, Burgstraße.

Thema:

1. Für Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — Gegen die Arbeitslosen-Versicherung — Kampfbündnis mit den Betriebsräten für Aufständigtum und Vorkämpferung. Referent: Hans Schröter.
2. Unsere Stellungnahme zum Haushaltplan des Stadtmagistrats. Berichterstatter: Stadtratsmitglied Hans Schröter.

Ergebnis und macht die regie Propaganda für diese Versammlung.

Proletarische Solidarität hilft!

Die Schulentlassungen stehen vor der Tür. Die damit verbundenen Anforderungen bedeuten eine schwere Belastung für die Arbeiterfamilien, wo der Ernährer im Produktionsprozess steht. In noch viel größerem Maße trifft dies für die Erwerbslosen zu. Von dem paar Mark Unterstützung soll der Lebensunterhalt für die Familie und obendrein noch die Miete bezahlt werden. Die Anforderungen für die Kinder, die aus der Schule kommen, bedeuten eine schwere Sorge. Sind die Eltern noch Mitglied einer Kindertagesstätte, dann muß der Aufwand an Material, um die Ausstattung für die Konfirmation her zu stellen. Kinder, die an der Suppenküche teilnehmen, finden bei diesen Vereinen keinerlei Entlohnungen. Disziplin zu sein ist in den Augen der pflichtigen und monarchistischen Reaktion ein Verbrechen. Ist doch die Kirche eine erprobte Befürworterin der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und bekämpft natürlich jeden Andersdenkenden — sei es mit Hunger! Der kaltenbemute Arbeiter sieht daraus seine Konsequenzen. Er tritt aus der Kirche aus und läßt seine Kinder an der Jugendbewegung teilnehmen. Er hat auch das Recht, an die proletarische Solidarität seine Arbeitslosen zu appellieren. Diese Solidarität in Wirtschaft zu setzen, ist die Aufgabe der internationalen Arbeiterhilfe. Seit vielen Wochen haben eine Anzahl Genossen neue Mädchen und Kleider angefertigt für die Kinder erwerbsloser und arbeitsloser Arbeiter, die an der Jugendbewegung teilnehmen. Die Verteilung in Halle erfolgt am Donnerstag, dem 17. März, nachmittags 3 Uhr, im „Vollspart“. Sie laden insbesondere alle werktätigen Frauen hiermit ein, an der Veranstaltung teilzunehmen und durch ihren Beitrag ihren Willen zur proletarischen Hilfsbereitschaft zu bekunden.

Seute, Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, wichtige Sitzung der Vertreter der Betriebe und Bauhallen. Tagesordnung: Stellungnahme zum 2. Reichserwerbslosentag und Besichtigung beselben durch Delegierte. Alle Betriebe entsenden Vertreter.

Wozu die Schupo-Gemeindeung da ist

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben:
Ich arbeite in Ammendorf. Da ich meine Arbeitsstelle mit dem Nach aufgeben, war ich nach Jahre lang in Ammendorf zu fahren, der als Wirtschaftszweig bezeichnet wird, heute aber vom halbjährigen Polizeipräsidenten als geplatzt gilt. Nicht nur Warnungsstellen sind angebracht, um die Radfahrer aufmerksam zu machen, sondern, wie ich selbst wahrnehmen mußte, wird der Weg auch nach von Stvo bemerkt. Die Radfahrer sind daher genötigt, die Straße zu benutzen, welche durch den gerade auf dieser Straße großen Verkehr durch Auto, Motorradfahrer und Fernbahn hart überlastet ist.
Am 12. März, abends 9 Uhr, ist mit folgender Unglücksfall passiert: Da die Straße von Ammendorf bis zum Ende der Ammendorfstraße zum Teil drei Meter breiter ist und kaum gleich kommt, wird, und weder Warnungsfaher noch Licht dort angebracht sind, mußte ich als fremder Fahrer mit dem Graben Bekanntschaft machen. So erging es mir und einem Motorradfahrer am 8. März. Im dieselbe Zeit fuhr ein Auto bis 20 Meter ebenfalls auf die Sperre auf. Hier muß auf dem nächsten Wege Maßregeln getroffen werden.

Die Flucht vor der Ausländerin in das Ausland

Unterdrückter Betrug
Mit einer familiären, aber sehr interessanten Betrugsaffäre hatte sich das hiesige erweiterte Schöffengericht zu befassen. Angeklagt war der Inhaber der hiesigen Gastwirtschaft „Mauderode“, Franz Wödel, dem zur Last gelegt wird, verschiedene Geschäftsfrauen betrogen zu haben, indem er sie in den Ausland nachzugehen nötigen zu haben.
Der Angeklagte hat mit dem Gelde seiner Frau, einer Französin, genannte Geschäftsfrauen ermordet. Ausgang vorigen Jahres tripperte er zwecks Verheiratung des Lokals Verbindungen an. Am Tage des Hochzeitsfestes, nach der Aufhebung der Hochzeitsumme in Höhe von 15 000 Mk. verließ er sie plötzlich und reiste in die Schweiz, ohne vorher seine Verbindlichkeiten zu regeln. Verschiedene Firmen stellen nun Strafantrag gegen den Angeklagten und der Staatsanwalt erteilt einen Haftbefehl. Als Wödel wieder nach Deutschland zurückkehrte, wurde er in seiner Heimat, einem kleinen Dorfe bei Weihenstephan, festgenommen.
Vor Gericht machte der Angeklagte geltend, daß es ihm ferngelegen habe, seine Gläubiger zu betrügen, und er konnte auch teilweise den Nachweis führen, daß er verurteilt hatte, sich mit diesen in Verbindung zu setzen, noch ehe er Kenntnis von dem gegen ihn erlassenen Haftbefehl haben konnte. Betragt über die Gründe zu seiner pflüchtigen Flucht, gab er an, so schnell wie möglich aus dem Bereich seiner Frau kommen zu wollen, das habe ihn zu diesem Plan gebracht. Daß er die 15 000 Mk. Pauschal, die seiner Frau gehörten, mitnahm, schien für ihn eine Selbstverständlichkeit zu sein. Ein kleines Intermezzo gab es noch, als die Ehefrau vernommen wurde. Sie erzählte dem Gericht unter Tränen, wie sie ihren Mann kennengelernt hat. Er war deutscher Soldat und desertierte. Damals haben sich beide in Frankreich kennengelernt. Sie will ihm das Leben retten haben, und hinterher hat sie auf seinen Wunsch nach Deutschland, wo sie heirateten. Die Flucht in das Ausland kam ihr ganz unerwartet, zumal ihr Mann sie bis zum letzten Tage noch mit dem Kosenamen „Mami“ tituliert haben soll.
Der Angeklagte protestierte ganz entschieden dagegen, als Vater betragt zu werden. Er sei mehrmals verurteilt und habe dem Vaterland gegenüber immer seine Pflicht getan. Noch heute sei er im Arbeiterverein, und er stellt dem Gericht anheim, sich beim Reichsgericht zu erklagen, was für ein treuer Vaterlandsbewerber er sei. Das wird ungehörig der Redeformal, den der Angeklagte vom Stapel ließ, als die Frau einen sehr frühen Punkt (im Sinne der Patrioten gemeint) beleuchtete.
Das Gericht stellte nach längerer Beratung fest, daß der Angeklagte sich in Ammendorf 1919 gemaßigt habe und daher auf Kosten der Staatskasse freigesprochen werden müsse. Allerdings hat sich der Angeklagte einer Unterfertigung seiner Frau gegenüber schuldig gemacht, die er um die 15 000 Mark brachte. Unter Umständen ist solches Delikt allerdings nicht strafbar.
Der Angeklagte kann Hals auf sein Kissen legen, da er seinen einen Tip gegeben hat, wie man nach Strich und Faden den „Erbschein“ beschaffen und bemogeln kann, ohne befürchten zu müssen, mit den „bewußten Gordinen“ Bekanntschaft zu machen.

Ein Dokument des Kleinbürgertums

Von der Leitung der Weistlichen Schule erhalten wir zum Abdruck folgenden Bericht:

Freizeitunde der weistlichen Schulen.
Es muß gelingen — mit uns nicht die neue Zeit! Ein Festsaal wurde zur Schlußfeier eine Feststunde erteilt. Und alle waren Schüler: Kinder, Eltern, Lehrer. Und ein paar, die schon etwas konnten, lehrten wiederum Kinder, Eltern, Lehrer. Kinder jungen Webers von Karl Maria von Weber, solche von Sonne und Wald. Kinder lernten nach eigener Erfindung zu Malen aus dem „Freiwillig“, die eine Lehrerin erklingen ließ. Kinder sprachen feste und sage Worte, wie Weber sie der Agathe und dem Tannchen in den Mund legt. Eine Mutter, von einem Lehrer begleitet, sang herzlich wie eine Kuchhülle. Lehrerinnen entlockten dem Fingel die besten Melodien des ganzen Stücks, erst in der Quartette, dann als Begleitung zu Tenor und Sopran einiger Lehrer, die wohlwollend die Schönheit des „Freiwillig“ offenbarten. Und ein Lehrer sprach das verbindende Wort. So entstand in buntem Wechsel ein abgerundetes Bild von dem, was Weber unter Kindern und Frauen in dieser Oper zu bringen hat. Nicht vergessen wurde darzulegen, wie der Vortrag selbst einer weit hinter uns liegenden Geschichte und Weltanschauung angehöre und wie der Weisheit letzter Schluss — Niemand lasse den andern schuldig werden — dennoch heute gültig ist. Mit Schluß nach der Aufführung, die kommenden Donnerstag umgen, wurde der Saal wieder entlassen werden, unentgeltlich geboten werden, um mit Freude im Herzen über den gelungenen Versuch gingen alt und jung nach Hause.

Hierzu ist erst einmal festzustellen, daß dieser Bericht genau wie der von der Besetzung der „Freien Schulgesellschaft“ wieder erheblich später zu uns gelangte ist. „Vollspart“. Dort ist er bereits gegenwärtig veröffentlicht worden, während er uns erst gestern am Spätnachmittag zugehelt wurde. Ist dies diesmal auch ein Versehen, oder legen wieder einmal „bringende Schulaufgaben“ vor? Wichtiges ist dies neuerliche Festhalten der Zweifelsposition seitens der Leitung der Weistlichen Schule ist jedoch die Bestätigung dieses Berichtes selbst, der einen ganz kleinbürgerlichen, geradezu stichischen Ansehl ariet. Die proletarischen Eltern der Kinder, die die Weistlichen Schulen besuchen, können aus dem sentimental verhängen Akt dieses Berichtes entnehmen, in welchem Stil natürlich auch der Unterricht erteilt wird. Einmal kommt die gewöhnlich falsche, ganz und gar unmarxistische Auslegung, die der „Freiwillig“ hier erhalten hat. Es kann nicht angehen, als Quinzelesen die Densie „Niemand lasse den andern schuldig werden“ herauszufinden. Man kann hier nicht einfach ein persöhnlich-moralisches pathetisches Gebe des Berichtes annehmen, sondern muß die Bestätigung der Aussagen daran knüpfen. Auf diese Weise werden die Kinder der Weistlichen Schule nicht zu Klassenmitgliedern, sondern zu gefühlsüberwiegenden Wanderobjekten herangezogen.

Unterstützt das Heim der Arbeiterklasse!
Uns geht folgender Bericht über die Geschäftsjahre des „Vollspart“ zu: In einer von der Verwaltung eingeladenen Vertreterversammlung der im „Vollspart“ vererbenden Gewerkschaften und sonstigen Vereine am Montag, dem 14. März, wurde ein Bericht über die Geschäftsjahre des „Vollspart“ gegeben. Der Geschäftsführer teilte das dem Anwesenden vor, wie sich im letzten Geschäftsjahre Einnahme und Ausgabe gestaltet. Die erste ist in

Was geht in Netteleben vor?

Unter dieser Überschrift veröffentlicht wir Ende voriger Woche eine Arbeiterkorrespondenz, die sich mit den Verhältnisse der hiesigen Netteleben und Alt-Scherbitz beschäftigte. Nummer gehen von verschiedenen Seiten Stellungnahmen dazu ein, die annehmend alles in einem anderen Lichte zeigen sollen. Bevor wir uns mit dem Inhalt der drei Artikel, die die Netteleben beschäftigen, soll vorweggenommen werden, daß dem in diesem Schreiben festgestellten Punkt 1: in der Ansicht habe keine Oberinspektion einen Selbstmordverbot unternehmen, tatsächlich ein Verbot untererlassen zugrunde liegt. Dieser findet aber darin keine Unterstützung, daß nicht die Oberinspektion von Netteleben, sondern die Oberinspektion von Alt-Scherbitz einen Selbstmordverbot beantragen haben soll, was für den Fall selbst um so bedeutsamer ist, als Kellner, der Oberleiter von Alt-Scherbitz, ja eben der Kritik unseres Artikels unterlag.

Nach tag die Berichtigung der Direktion Netteleben weiter:
2. Die Netteleben sind 30, unter 10 Sanbenerer (einschließlich 5 Wochenshiften) besetzt. Die Netteleben wird durch eine Besetzung für besondere Berichtigungen unentgeltlich gewährt. Das Personal dagegen erhält Dienststellung, wofür es 50 Prozent des Wertes zu zahlen hat.

3. Die Verlegung des Oberinspektors Kellner von Alt-Scherbitz an die hiesige Netteleben, die durch den Kellner hat fünf Kinder, von welchen zwei in Halle a. S. beschäftigt sind, die anderen drei in Halle a. d. S. die Schulen besuchen. Der mit dem 1. 4. zum Oberinspektor ernannte Wirtschaftsinpektor Kellner, hat mit diesem Zeitpunkt nach Alt-Scherbitz geht, hat nur ein Kind, welches nicht die hiesige Schule besucht.
Die Umzugskosten für beide Beamte betragen nicht 3000, sondern 700 Mark.

Wenn hier für die Verlegung Kellners so außerordentlich soziale Gründe ins Feld geführt werden, bleibt immer noch die allgemeine Unbilligkeit bestehen, die K. bei dem Teil der Verlegung gegen sich von früher her kennt. Die Angeklagten und Arbeiter verlangen, daß der Provinziallandtag sich mit der Sache befaßt und

Hamburg!

Ausflug zum zweiten Reichsjugendtag des KAD.
Jugendgenossen, Jungfront-Kameraden, Empathisierende!
Zur weichen Woden noch trennen uns vom zweiten Reichsjugendtag des KAD. Ostern 1927 in Hamburg. Unser erster Reichsjugendtag 1922 in Jena war ein Massenaufmarsch des revolutionären Jungproletariats. Auch Hamburg muß eine gewaltige Kundgebung der deutschen Jungarbeiter werden. Die Lage der arbeitenden Jugend ist schlechter denn je. Die Bürgerbörsegerung will die arbeitende Jugend und den Reich ihrer nun noch weniger Rechte bringen. Demut an die Jugend, „Schul“-Gefolge. Gutes Nachtreits soll ihr herabzu werden. Das Versammlungsrecht, die Koalitionsfreiheit soll Euch genommen werden. Zur selben Zeit bereiten die Imperialisten einen neuen Weltkrieg vor. Ihr sollt das Kanonenfutter dafür sein. Proletier gegen die Pläne, Macht Hamburg zu einer gewaltigen Demonstration gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Bürgerbörsegerung, für die Forderungen der arbeitenden Jugend!
Verfäkt die Vorbereitungen, erhöht die Sparrätigkeit, agitiert überall für den Reichsjugendtag. Hamburg muß werden eine Heringsau des revolutionären Jungproletariats.
Jungfront-Kameraden, Jugendgenossen, junge Arbeiter! Stellt denn alles an, was gegen und nicht des Ansehens, Hamburg, der Kampfplatz des Ostereinfalles 1923 ist Ostern das Ziel aller Kameraden und Jugendgenossen! Rühlet! Unsere Parole für Ostern ist:
Alles auf nach Hamburg!

so große Arbeitslosigkeit breiter Massen von Arbeitern gegenüber dem Jahre 1922 fingen gewendet, während auf der anderen Seite die Ausgaben sich fast gleich blieben. Anordnungen größerer Art, Schaffung des hinteren Fortals, Teilung des großen Saales usw. hätten sich nötig gemacht. Reparaturen aller Art machten sich, je länger das Grundbild um desto alle Fälligkeit an diesem mehr bemerkbar. Das Inventar müße laufend erneuert werden. Alles zusammengekommen, müße gelöst werden, das beim der Arbeiterfrage nach allen Richtungen hin trotz allem auf guter Grundlage stehe; notwendig ist es nur, daß alle in Frage kommenden Arbeiter, Angestellten und Beamtenpositionen mehr als bisher daselbst bei jeder Gelegenheit freigequert.

Die Diskussion über den Bericht war eine äußerst lebhafte und zeigte das große Interesse aller Teilnehmer an unserer Schule. Vielfache Wünsche auf weiteren Ausbau des Grundbildes wurden vorgebracht. So unter anderem der Ausbau eines Jugendheimes im hinteren Garten, Ausbau der Kolonaden im vorderen Garten und anderes mehr. Mit Entschiedenheit wurde eine zum gründlichen Mittelung aufgenommen, daß der hiesige freie Angestelltenbund (F.A.) beabsichtige, im Zentrum der Stadt ein eigenes Heim zu bauen oder zu pachten. Wichtig wurde darauf hingewiesen, daß der „Vollspart“ das gesamte Heim in die Hand nehmen sollte, die Verhältnisse auf dem Gelände zu verbessern. Auch das hiesige Bauwerkliche Komitee wurde um Unterstützung gebeten. Man mußte sich entschließen, einen starken Kritik wurde das Verhalten von sogenannten mit herumlaufenden jugendlichen Personen unterzogen, die dem „Vollspart“ nur zum Schaden gereichten. Auch das hiesige Bauwerkliche Komitee wurde um Unterstützung gebeten. Man mußte sich entschließen, einen starken Kritik wurde das Verhalten von sogenannten mit herumlaufenden jugendlichen Personen unterzogen, die dem „Vollspart“ nur zum Schaden gereichten. Auch das hiesige Bauwerkliche Komitee wurde um Unterstützung gebeten. Man mußte sich entschließen, einen starken Kritik wurde das Verhalten von sogenannten mit herumlaufenden jugendlichen Personen unterzogen, die dem „Vollspart“ nur zum Schaden gereichten.

Stetsdem hierauf seitens der Verwaltung auf alles Vorbehalten in entsprechender Weise eingegangen worden war und verprochen wurde, die Wünsche und Bitten werden zu prüfen, wurde die Versammlung mit dem Hinweis geschlossen, daß der „Vollspart“, das Heim der werktätigen orientierten Bevölkerung, das bleiben müße, was er ist und ist, nämlich in der Mitte der Aufführung, der Besetzung, der Kunst und Unterhaltung.

Neuerungen im Zoo

Einer Mitteilung der Direktion des Zoologischen Gartens entnehmen wir:
Von 1. April an müssen die Jagstrecken für Wonnentiere für den Zoo erneuert werden. Trotz der sehr umfangreichen Verabreichungen des Tierbestandes, Neubauten und vieler Umgestaltungen der Gärten und die Wonnentiere sind unumändert geblieben. Es sind vornehmlich einige Verabreichungen geschaffen worden, z. B. ist der Preis für eine Studentenentwertung auf 3 Mk. herabgesetzt und die Erlaubnis zur kostenlosen Mitnahme von 4 Kindern unter 12 Jahren gegeben worden. Von diesem Jahre ab beschäftigen die Verabreichungen die Wonnentiere mit einem zoologischen Garten, wie das bisher schon in allen anderen zoologischen Gärten üblich war. Es ist dies die einzige Möglichkeit, die zahlreichen Möglichkeiten, die mit den Jagstrecken verbunden werden, aus der Welt zu schaffen.
Es wurde dieses Jahr auch die Neuerungen im Ausbau des Gartens und in der Besetzung mit Tieren geplant, auch die Parkanlagen werden dauernd weiter ausgebaut und schöne Aussichtspunkte und Sitzplätze neu angelegt, so daß der Aufenthalt in diesem einmütigen schönen Tierpark dem Besucher so angenehm wie möglich gemacht wird.

Wonnentiere, welche wohl nur für Reute in Frage kommen

die sehr viel Zeit haben, werden für Arbeiter und ihre Familien kaum in Frage kommen. Um so mehr muß die Direktion es sich aneignen sein lassen, die hiesigen Sonntage zu berücksichtigen.

Hallische Tageschronik

Arbeiter-Kundstausstellung. Wir machen nochmals auf den heute abend 8 Uhr im großen „Vollspart“ stattfindenden Kundstausstellung aufmerksam. Es laufen folgende Filme: 1. Der mittlere deutsche Rundfunk im Bild. 2. Das der Langeweile. 3. Im Reiche der lebenden Wälder.
Berücksichtigung. Am 15. März gegen 7.15 Uhr abends erfolgte an der Ecke Mühlweg-Friedrichstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Personentransporter und einem Straßenbahnwagen, wobei mehrere Personen verletzt wurden. In der Folgezeit wurde ein Streifenwagen zur Untersuchung herbeigeholt. Personen kamen nicht zu Schaden.
Darlegen für Hausinspektoren! Vom Magistrat erhalten wir folgende Mitteilung: Für die bevorstehende Bauzeit wird erneut darauf hingewiesen, daß das Wohnungsamt nach wie vor die Bestimmungen des Wohnungsgesetzes an wirtschaftlich gesunde Hauseigentümer Darlehen für große Hausinspektorenarbeiten gegen mäßige Verzinsung und angemessene Tilgung gibt. Anträge auf Gewährung derartiger Darlehen sind unter Vorlegung von Kassenausweisen für die beschäftigten Arbeiterinnen schriftlich an das hiesige Wohnungsamt, 50, Berlin 11, zu richten. Dort wird auch nähere Auskunft erteilt.
Wahlplakat. Es heute abend findet ein Wahlplakat der Berliner Arbeitervereine mit der großen Wahlplakat-Karte „Wieder Wähler“ statt. Die Karte zeigt den Weg zum Wahllokal und ist durch ein Bild des Berliner Arbeitervereins. Der Wahlplakat ist bereits begonnen.

Der 42. Provinziallandtag eröffnet

Höring liest eine Stresemann-Rede vor — Vorkhof der Kommunisten für die Erwerbslosen — Der Nationalisierungshauptmann Hübner hat Angst vor seiner „Vortrefflichkeit“ — Einheitsfront vom Deutschnationalen Busse bis zum Sozialdemokraten Lebbin

Die SPD. mit den Deutschnationalen offen gegen Arbeiterforderungen

Am Dienstag, dem 15. März, um 12 Uhr, wird der 42. Provinziallandtag in Merseburg eröffnet. Der der mitteldeutschen Arbeiterfront seit seinem tätigen Bestehen zum März 1921 besonders bekannte

sozialdemokratische Oberpräsident Höring

begrüßt zunächst den Landtag mit einer Rede, wie sie Stresemann nicht kapitalistenfreundlicher hätte halten können.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund sei ein wichtiges Ereignis, von dem wir für die Entwicklung Deutschlands zu hoffen lassen. Deutschland ist nunmehr mit zu den in der Geschichte der Welt mitbestimmenden. Allerdings seien die auf Grund geleiteten Hoffnungen nicht alle erfüllt — wobei er hierüber meinte, daß dort Deutschland für seine kommende Beteiligung am kapitalistischen Kreuzzug gegen den „Ruheländer“ Sowjet-Rußland in die alle erträumten Wünsche verprochen erhalten hat. Die Kriegspolitik gegen Rußland, das ist ferner die Mitbestimmung Deutschlands an der Geschichte, wobei die Selbständigkeit seiner Rolle bei dem familiär höchst zweifelhaften Status ist.

Wenn es politisch heute sich der republikanische Gedanke bezieht — was die Verdrängung von Marx und Hindenburg, der Bürgers-Not und dergleichen, „republikanisch-demokratische“ Erscheinungen allerdings nicht beweisen. Die Streitfragen um die Staatsform gehöre bald der Geschichte an — was allerdings mit der Herausarbeitung eines in der Demokratie in der Politik bei den Deutschnationalen, der die Wiederherstellung der Monarchie erneut als sein wichtigstes politisches Ziel proklamiert hat, nicht in Einklang zu bringen ist. Höring ist es seinen kapitalistischen Fragestagnern schuldig, über die monarchistischen Kräfte der Republik hinwegzusehen. Die Durchführung der Nationalisierung der Staatseigentümer ist kein Monarchistengedanke, der bis zu einem gewissen Grade ja auf sozialem Wege gelte. Für den Reichsbannerhauptein ist es aber fernerhin, wenn er die Vorkämpfer der Monarchie als überwinden will.

Hörings Betrachtungen der Wirtschaft waren nur ein oberflächliches Herumgerede darüber, daß wohl eine gewisse Besserung einsetreten ist, daß aber noch manches zu erfüllen übrig bleibe, daß das Kennmerk eines wichtigen Einblicks in der deutschen Wirtschaft darstelle, der aber auch Schichten werfe um. Aus allen Betrachtungen dieses Sozialdemokraten ging jedoch die Forderung hervor, daß es der kapitalistischen Wirtschaft gelänge, sich zu behaupten.

Er lang dann ein Loblied auf die Hochwasserhilfe, um dann für die Verletzung der Provinzialverwaltung nach einer zentral gelegenen Stadt einzuwirken. Das ist allerdings das banale Argument, was man hier zu erwarten kann. Unter dem Beifall der wohlgenährten Bürger schloß er seine abgelesene Rede.

Zur Wahl des 1. Vorkhöfenden

waren Oberbürgermeister Beims, Magdeburg (SPD.) und Genosse Folz wichtigste Vorkämpfer, vorgeschlagen worden. Beims siegte mit den Stimmen aller Bürgerlichen. Aus Dankbarkeit

Die Sozialdemokraten für den Deutschnationalen Busse, Halle

als 2. Vorkhöfenden, der ebenfalls gegen den Genossen Folzweilig zur Wahl stand. Das vorantastete unsere Genossen zu folgenden Bemerkungen über diesen Vorkhöfenden des hiesigen Stadtratsmeins. Das „Vorkhöfentum“ ist oft gegen Busse zu Felde gezogen, und hier wählte auch Herr SPD-Redakteur Kasparek seinen „Vorkhöfenden“. Das ist erklärlich, denn hier braucht man die Deutschnationalen für die von den Reichsbannerherren gewünschte Vereinerung der Provinzialverwaltung nach dem schwerwiegendsten Magdeburger. In dieser Linie bezog sich auch der Dank des Sozialdemokraten Beims an das „hohe“ Haus für seine Wahl zum 1. Vorkhöfenden.

Der Deutschnationaler Lorenz empfand noch 25. Landtag Diktator und hat heute einen großen Stimmenerfolg auf seinem Platze. Von den neu eingewählten Abgeordneten wird der Reichsbannerherren Diktator mit einem viefachenden „Ja“ von unserer Fraktion empfangen.

Unter den gewählten Mitteilungen fällt die Rede von die am 15. März behandelte die Angelegenheit und die Hinweise auf Anwesenheitsfragen besonders auf. Das „ehemalig zu empfehlende“, „Dreimädchens“ und ein „Janabend“ werden als besonders nützlich für die Aufhebung der in den Lezungen abgearbeiteten Abgeordneten empfohlen. Dann geht es in die Mittagspause.

Die Nachmittags-Sitzung

eröffnet Beims mit einer schmeicheleigen Proklamation seiner immer geliebten verächtlichen „Nationalität“, die er von allen — soll heißen: den Kommunisten — ebenfalls erwartet. Genosse Bentwick beantragt

die Anträge der SPD-Fraktion

für die Erwerbslosen, über Arbeitsbeschaffung usw. noch vor der Eröffnung des Landtags schon deshalb zu behandeln, damit dieser darauf eingehen kann.

Bei der Abstimmung stehen die SPD-Abgeordneten mit allen Bürgerlichen auf und stimmen in geschlossener schwarzweißroter Front diesen wichtigen Antrag der Kommunisten nieder.

Erwerbsloser SPD-Arbeiter, was sagt Du dazu?

Busse verliest dann verschiedene Antworten der verschiedenen Ministerien auf verschiedene, hauptsächlich aber kommunizistische Anträge vom vorigen Provinziallandtag, der im März 1926 stattgefunden hatte. Ihren Kritik finden diese „Antworten“ in keiner Weise, daß der Antrag der SPD, auf Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung dadurch überfällig geworden ist, daß sie — am 15. März 1926 erhöht worden ist. . . .

Landeshauptmann Hübner zum Haushaltpflan der Provinzialverwaltung

„Meine Genossen“, wie Hübner sagt, war froh über „Aufnahme“ gleich gefällig wie oberflächlich. Zunächst hatte er einen Mitleidtrauer, persönliche Wünsche, die nichts anderes als folgende Dreiecke an unsere Fraktion sein sollten: „Seid brav und beschämend! Jeder macht sich nicht die Mühe, die zur Debatte stehenden Sachen nicht mit dem lebendigen Volk in Verbindung. Und dann geht angete er sich, festzustellen, daß in der letzten Sitzung 222 Druckauflegen gezeichnet worden sind und zwar 40 allein zur Geschäftsordnung, 103 von den 18 Kommunisten, 42 von den Sozialdemokraten und der Rest von den übrigen Parteien der Vertretung. Es ist kennzeichnend, daß er dabei betonte, Erörterungen von Paragrafen (gemeint sind die der Arbeitslosenparagrafen durch unsere Genossen) seien höchst überflüssig.

Der Haushaltungsausschuß sei sein Bundesgenosse, mit dem es gilt, die Ausgaben in veränderten (?) Grenzen zu halten. Wege dazu seien erstens eine rationellere, billigere — Arbeit in allen Betrieben der Provinz, dazu Genosse Bentwick die treffende Bemerkung macht: Minister abbauen! Ferner sei die Einschränkung oder

der Abbau von Leistungen

notwendig. Hier will er keine großen Möglichkeiten sehen, wird aber höchst um so mehr beherzigt. Zweitens müsse genauer geprüft werden, ob neue Leistungen wirklich notwendig seien. Es müsse auch eine rationellere Ausnutzung der Leistungen durchgeführt werden.

Der Leistungsabbau möge nicht über die Worte hinausgehen, weil die Reichsregierung eine grundlegende Forderung (hoher: Beschäftigung für die untern Gruppen) plane. Keine offene Hand im Leistungsabbau!

Der Angebotsbeschäftigungsausschuß ist der fünftägige „Kronzeuge für unsere (?) Forderungen“, aber Sie müßten eine fünftägige Erwägung der finanziellen Ausgaben veranlassen! Er fordert dann einen Abbau, was ihm befähigte Zustände und unteren Genossen einbringt, die besonders auf den von uns vor kurzem ausführlich behandelten „Schweinefall Busse“ hinweisen und die Bauten von Direktorenwohnungen in Zwischenzufügen festnageln.

Das Tempo der Verbesserungen des „Komforts“ in den Anlagen ist dem Landeshauptmann zu schnell, er hat Angst, „daß sich unsere Sozialpolitik an ihrer Vortrefflichkeit totschlägt.“

Reiner, Arbeitslosen, Kriegsbeschädigte, Tuberkulose, die, das nicht eine unerhörte, arbeitserleichternde Einstellung? Dann kommt er zum „Erat im engeren Sinne“, der angeblich ein großes Jökeln sei. Er ist aber nur die Erwerbslosen und sonstigen Elendsjüngern und kein die Summen Geldes, die zur Heilung des sozialen Elends eingesetzt sind. Er stellt fest, daß die Verletzung von Streikverboten während des englischen Bergarbeiterstreiks zu einer vorübergehenden Beibehaltung der Wirtschaft geführt hätte.

Da es nicht möglich ist, auf 2000 genügend Kräfte zu perspektivieren (wegen der fehlenden Löhne, die die Agrarier zahlen!), sind für 1927 noch 24000 ausländische Arbeiter — „Schlagengänger“ — gegen 28000 im Jahre 1926 notwendig, der angeblich

Dann schließt er die Arbeitsbeschaffungs-„Mittel“, die allerdings keine „Leistung“ gebracht habe. Der „Vorkhöfentum“ ausschlag empfiehlt, sich zu ein Drittel an dem Bau einer Eisenbahn zu beteiligen. Dieses Jahr wird es damit aber noch nichts werden. Dem Mittelstand ist im Gegensatz im Gegensatz im Gegensatz. Wir haben aber zu unseren Sorgen gehört, daß seinen Bau der Verkehrsminister als des Studiums bedürftig betrachtet. Zum Ausbau der Harzalsperren des Ostharzes haben wir bei Breiten Göttingen kommen gefunden. Abschließen können wir auch dazu noch nicht schließen. Der Bau kostet etwa 24 Mill. Mark. Wir haben hierzu eine Wasserwirtschafts-Gesellschaft geschaffen (a la Cag — nicht Korruption?). Arbeitsmöglichkeit können wir ferner in allen Wäldern des Hausaltates beschaffen (Kleinbahnen, Anfallsbauten usw.).

Die Sozialnationalen streiten es nur nebenbei, denn es wird von unseren Genossen fortgesetzt darüber behauptet, daß für die großen Bauern ein Geschäft und für die kleinen ein einziger Betrag gewesen ist.

Die Ausgaben für Hochwassererschäden summieren ernst. Denn erstens ist durch das Eingreifen eine falsche Meinung entstanden; wir sind gegen Schäden keine Versicherungsgemeinschaft. Die Hilfe muß auf ein Minimum (1) beschränkt werden. „Erhaltung im Nahrungslande“ (auch für Großgrazier?) kann nur unter Ziel sein. Um lange Jahre wird uns diese Aktion mit hohen Ausgaben belasten. In diesem Zusammenhang muß die Landesverwaltung erwähnt werden.

Der Straßenbauetat veranschlagt rund 11 Mill. Mark. Diese Ausgaben werden langsam kleiner werden (?). Den Disziplin Diemich werden wir aufgeben müssen, er ist nicht mehr brauchbar.

Die SPD-Fraktion behauptet er, daß für Kulturspiele etwas mehr als benötigt, ausgegeben worden ist, wobei es sich jedoch herausstellt, daß diese Summen nur offen reaktionären, hinter der Zeit zurückgebliebenen, „vaterländischen“ Einrichtungen zugute gekommen sind. Mit einem abgemessenen Appell an das „Gefühl der Ge-

meinschaft“, hinter dem sich nur die Furcht vor laßlicher Kritik verbirgt, schloß er seine Ausführungen. (Vereinsliches Händchen!).

Die Aussprache über diese Rede beginnt am Donnerstag vormittag 9 Uhr mit der Eröffnung des zweiten Sitzungstages. Am Mittwoch tagen die Ausschüsse und nach dem geliebten Referat wurde nur noch behandelt, ob in die Beratung der von uns schon veröffentlichten kommunizistischen Anträge zur Erwerbslosenfrage eingetreten werden solle.

Genosse Bentwick

das Wort:

Die kommunizistische Fraktion wird sich von der Kampflage Hübners nicht lösen lassen, denn es ist unsere Aufgabe, das durchzuführen, was die Vertägigen von uns fordern. (Händchen bei den Kommunisten!)

Walle rügt es, während er es vorher bei den Bürgerlichen gebuhlet hatte. (Zuruf: Wir sind nicht in Halle!)

Genosse Bentwick fährt fort: Das „hohe“ Haus hat bisher kein Verständnis für die Anträge der Vertägigen gehabt. Weil es Sie, Herr Minister Lohmeyer, kein Verständnis für die Arbeiter haben. Sie sind noch nicht arbeitslos gewesen! Sie haben nur die Dater dieser Wirtschaft in die Gefängnisse gesperrt. Sie erhalten und schützen nur die Vertägigen, nicht die Hungern. Höring ist nach seiner Rede nur ausgetreten, um sich von der Verhandlung unserer Fragen zu brücken. (Zuruf: Der hält kein Verständnis!) Der wird nie wieder in sein Elfen schmieden, denn für ihn ist die soziale Frage gelöst.

Die Erwerbslosenfrage ist heute zeitweilig, sondern eine beständige, die besonders in der Zeit der kapitalistischen Nationalisierung ihre größten Blüten treibt. Das „neue Blut“, das der Dammes-Mann brachte, hat den Arbeitern nichts, den Unternehmern alles gebracht. Auch die Nationalisierung hat nur mitgeholfen, das Arbeitslofenelend zu vergrößern. Und dabei hat Curtius gestern erklärt, daß

die Nationalisierung erst in ihrem Anfangsstadium sich befindet.

Die Konjunktur in Mitteldeutschland ist nur eine Quelle erhöhten Profites und größeren Glends, was B. mit sehr vielem Material belegt. Die Lebensmittelpreise steigen, die Mieten werden erhöht, aber den Erwerbslosen will man nichts bewilligen.

Angewachsen kann man beobachten, daß Beims den die Klingel schlingenden Duffe über die Geschäftsordnung Besprechungen erweist.

Genosse Bentwick spricht dann die einzelnen Abschnitte des Antrags 1 durch, wobei er bemerkt, daß der Sozialdemokrat Göttinger der Einzelheiten, den Erwerbslosen Heimaterial zu liefern. An 24 sollen in einem alten Gefängnis, der Moritzburg, Wohnungen für Ermittelte eingerichtet werden!

Andere Anträge sind die Anträge der Vertägigen. Der vorliegende Antrag ist

von der Bezirkserwerbslosenkonferenz,

die am 26. September in Halle tagte, gestellt worden. Wenn es die Sozialdemokratie ehrlich meint, dann muß sie unbedingt für diese Anträge stimmen. Eine Ablehnung auch nur der sofortigen Beratungen könnten die SPD-Erwerbslosen, die diese Anträge mit gestellt haben, nicht begreifen.

Nach einem kurzen Hinweis auf Hörings Hebelnoten von 1921 und auf die traurige Rolle der bürgerlichen Parlamente, schloß er seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß die Verletzung der Arbeiterklasse doch nur das Wort der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Die Abstimmung

Man kommen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten wiederum in den Saal. Mit dem Rufe „kapitalistisches Stimmloch“ werden sie von unseren Genossen empfangen.

Bei der Abstimmung stehen die Sozialdemokraten wiederum mit den Deutschnationalen auf und die Kommunisten stimmen allein für diesen Antrag, erfüllen deren Wutungen der Erwerbslosenkonferenz, Lebbin und Kasparek, Brüll, Peters, Grunert, Goste, und alle anderen dieser kleinbürgerlichen Präjurere stimmen mit den Schweinezüchtern an Gros und den Chemikern gegen die Hungern und Unterdrückten!

Aus dem Saalkreis

Der Sprengstoff-Attentäter

Die Anklagebank betrifft ein Jugendlicher. Man glaubt einen 16jährigen vor sich zu haben. Es ergibt sich jedoch aus der Anklagebank, daß der Angeklagte bereits 20 Jahre alt ist. Er arbeitete in einem Steinbau an der Saale bei Weitzin und fand eines Tages eine unidentische Kupferkugel zwischen dem Steingerät. Zu Hause zeigte er die Kugel, auf eine solche handelte es sich, gleichartigen Lebensgenossen und man beschloß, mit einer Kugel in die Kapelle zu gehen, um sie zur Untersuchung zu bringen. Da keine Kugel zur Hand war, hielt der Angeklagte die Kugel an ein brennendes Streichholz. Es gab einen lauten Knall, die Kapelle war verschunden und mit ihr einige Fingerpfeile des Angeklagten.

Jetzt stand der junge Arbeiter, der übrigens einen sehr beschränkten Einbruch machte, vor dem hallischen Schöffengericht, um sich wegen Bezugs gegen das Sprengstoffgesetz und Unterlegung zu verantworten. Hübner verteidigte er den oben wiedergegebenen Vorgang, der ihm eine Hand verurteilte. Der Staatsanwalt ließ sich in den furchtbaren Folgen dieser Spielerei eine mehr als genügend harte Strafe und beantragte die Freisprechung des Jugendlichen, da dieser bestimmt keine Annahme gehabt habe, welche gefährliche Wirkung die Kapelle habe und deshalb unter das Sprengstoffgesetz falle. Besaglich der Anwendung der Kapelle beantragte er ebenfalls Freisprechung, da dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, daß er nicht die Kugel gehabt habe, die Kapelle am nächsten Arbeitstag abgeben. Der Wert der Kapelle wurde von einem Sachverständigen auf 5 Pfennig taxiert. Eine Einstellung des Verfahrens wäre also ebenfalls wegen der Nichtigkeit des Objekts möglich gewesen.

Das Gericht gab diesem Antrag statt und sprach den Angeklagten auf Kosten der Staatskasse. Eine Bestrafung war auch sinnlos gewesen. Der junge Mensch spielt sicher nicht ein zweites Mal mit einem so gefährlichen Gegenstand. Die öffentliche Ermahnung hätte sich der Richter leisten können, zumal er schließlich den Angeklagten gern noch eine kleine Ertragsstrafe verabsichtigt hätte. Die Dauer der Beratung ließ darauf schließen.

Ammonshol. Der Schlossermeister Bauer von hier fuhr am Sonntag mit seinem Motorrad nach Leipzig. Er ließ dort mit einem Lastauto zusammen und fuhrte. Der Tod trat sofort ein. Am Nachmittag hatte er wieder zurück sein wollen, um an der Beerdigung des Badermeisters Berger teilzunehmen.

Seeben. Jugend herans! Am Mittwoch, dem 16. März 1927, abends 8 Uhr, findet im Lokal Walter eine öffentliche Jugendversammlung statt. Wir fordern alle Parteigenossen auf, ihre Kinder dort hinzuzuführen. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen von Seeben sind eingeladen.

Weitzin. Verammlung der Arbeitslosen. Am Sonntag, dem 13. März fand im Gasthof „Zum Stern“ eine öffentliche Protestversammlung des Kreisverbandes der Arbeitslosen in Weitzin statt. Der Vorsitzende Kramer hielt an Hand von Weitzin einen Referat über die Lage der Arbeiter. Er zeigte den anwesenden Gästen, wie man mit den armen der Armen umgeht und wie man die Fürstentafeln behandelt. In der Diskussion zeigte Gen. W., was an der schließlichen Lage der Sozialisten und Erwerbslosen die größte Schuld liegt. Er ermahnte die Anwesenden, sich von Führern der SPD nicht mehr verblöden zu lassen und die bürgerlichen Zeitungen den Kampf anzulegen. Gen. W. forderte die Anwesenden auf, der Kirche, der Verbrüderungssanktion, den Klüden zu kehren. Eine Resolution, in der die Sozialminister ihre Forderungen aufstellten, fand einstimmige Annahme.

Wölsau. Nächtl. Ruheklärung durch die Schupo. In der Nacht vom Freitag auf Samstag veranfaßte die Spio hier einen 24jährigen 5 Pfennig. Er ging die Gefängnisse los und bewachte bis 14 Uhr. Ausgerannt in Mit-Geld, in Neudörsau wollten sie ihn aber die Bürger in ihrer Nachrede nicht stören, oder wollten sie nur die böien Kommunisten auszuwahren? Schände um das viele Wölver und die Leuchttürme, die da in die Luft fliegen. Wo sich übrigens diesmal Herr Landfänger Gausmieda, der nach 10 Uhr abends hinter jedem roten Frontpompier her ist, um ihm eine Anzeigle gegen überlebenden Lärm zu verschaffen?

Bitterfeld-Wittenberg

Die neue Mütter-Geschäftsordnung des Städtelages

Von H. Jägerlein

Der preussische Innenminister Seegering gab unter der Überschrift „Verordnung über die Verwaltung“ die Anordnung für den Abzug der Angehörigen der Selbstverwaltung in den Gemeinden. Der Vorstand des Städtelages der Provinz Sachsen, deren Vorsitzender Reims (SPD) ist, hat sich mit dieser Anordnung auseinandergesetzt, außer der Mithilfe bei der Anordnung der Gemeindearbeiter durch den Kommunerverband, aus den Stadtordnern vorzuziehen das Instrument in die Hände zu geben, welches die Vertreter der Arbeiter in den Gemeindeparlamenten mündlich und schriftlich machen soll. Mithilfe II, Artikel 2, der Preussischen Verfassung verleiht „Träger der Staatsgewalt ist die Gesamtheit des Volkes“.

Jeder Arbeiter weiß, daß Verordnungen Modifikationen sind. In unserer parlamentarisch regierten Republik sind die Wahlen zu den Parlamenten ein Grundgesetz, der zur Zeit der Wahl bestehenden politischen Machtverhältnisse der Gemeindevorstände (Mit 1929) erlangten die kapitalistischen Parteien in den meisten Gemeinden die Mehrheit. Diesen Erfolg benutzte die Reaktion zur Durchsetzung einer vollkommen reaktionären Politik. In den meisten Gemeinden ist die Verwaltung des privaten Kapitals durch die Staatsschuldung abgebaut oder dem privaten Kapital ermöglicht worden, sich an wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden zu beteiligen.

Aus allen Teilen Deutschlands

kommt Oetern 1927 die Arbeiterjugend

nach Hamburg zum Reichs-Jugendtag des KZVD!

teufen. Bei der Durchführung dieser Transaktionen machten sich oft Erscheinungen schamloser Korruption bemerkbar, die dann von den Kommunisten gebrandmarkt wurden, was den Bürgerlosensparteiern schwer auf die Nerven fiel.

Nach dem Verursachung der Kommunisten 1924 lösten den Bürgerlichen ihre Macht noch nicht bauernd und gewaltig gestrichelt. So haben die Reaktionen bald begonnen, die Geschäftsordnungen zu ändern, um die berechnete, aber unbenutzte Kritik zu unterbinden. Die alte Städteordnung in Verbindung mit dem Gesetz, betreffend notwendige Regelung verschiedener Punkte der Gemeindeverwaltung vom 18. Juni 1912, hat die Möglichkeit dieses Ziel zu erreichen. Die Beratung der neuen Städteordnung ist erst bis zur zweiten Lesung gelangt. Jede Geschäftsordnung für Gemeindevertretungen muß aber mit der Städteordnung übereinstimmen, über diese ist die Reichsregierung nicht einig. Da sollen jetzt die Gemeindevertretungen beschließen, sich die neue Rechte zu sichern. Daß die Reaktion sich diese Gelegenheit nicht entgehen läßt, ist nicht verwunderlich. Daß aber prominente SPD-Funktionäre diese Manipulation der Kommunisten erst ermöglichen, beweist, daß sich die ehemaligen Arbeiter mehr mit dem Bürgerrecht als mit der Arbeiterschaft verbunden fühlten. Im Jahre 1925 läuft die Wahlperiode der Gemeindeparlamente ab; wenn die neue Städteordnung vorher Geleß wird, sind die Neuwahlen eventuell noch früher. Bei Beachtung dieser Sachlage wirkt sich direkt als Anhebung der letzten Gemeindevertretungen, wenn den neuwählenden eine Geschäftsordnung aufzulegen wird. Die Gemeindevertretungen haben das Recht, sich ihre Geschäftsordnung selbst zu geben.

Der Entwurf einer neuen Mütter-Geschäftsordnung ist für uns in der vom Städtelag für Sachverständigen zusammengefaßten Stellung übergeben worden, die erst in der nächsten Sitzung der Mütter, daß jeder Stadtordeordnete höchstens zehn Minuten reden soll und daß der Vorsitz der Stadtordeordnete für die ganze Wahlperiode von den Verhandlungen auszuscheiden, also ihnen das Mandat aberkennen kann. Mit Rücksicht auf die oben angeführten Gründe ist es anzunehmen, daß die Mütter sich nicht zu verhalten. Besonders ist dabei die Rolle Reims, des Sozialdemokraten, zu demonstrieren, seine Methoden in Qualifikation und Selbstbehalt. Ferner die Rolle der SPD, die in Zeit bereits die Reims-Geschäftsordnung zur Annahme drängt.

Gemeinverständliche Belehrung über die Krätze

Uns wird geschrieben:

„Die Krätze ist eine übertragbare Hautkrankheit, die durch die Krätze Milbe (Sarcoptes scabiei) ist mit bloßem Auge als kleines, weißes, glänzendes Fläschchen ohne erkennbare Form bei Lupenvergrößerung leicht man an der Haut erkennen kann. Die Krätze Milbe ist ein kleines, weißes, rundes Tierchen mit vier Beinen, das sich in den Hautspalten, teils mit Nerven verknüpften Spalten und den am Hinterrand des Tieres befindlichen Fortsätzen anpresst. Das Weibchen ist etwa nur halb so groß wie das Männchen, letzteres hat sich in die Haut des Menschen eingegraben und die Befruchtung bald abgeleitet. Das Weibchen legt sich durch die verdorrte Schicht der Oberhaut des Menschen und wühlt sich in dieser parallel zur Oberfläche Gänge. In diesen Gängen legt es, immer weiter sich fortbewegend, täglich ein bis zwei, im ganzen bis 50 Eier, aus denen nach zwölf Tagen junge Krätze Milben auskriechen, die den Gang verlassen und in etwa drei bis vier Wochen durch mehrfache Häutungen zu geschlechtsreifen Milben entwickeln.“

Die erste und hervorstechendste Erscheinung der Krätze ist ein äußerst starkes Jucken, das durch den Reiz, den die Milben und ihre Ausscheidungen auf die Nervenendigungen ausüben, verursacht wird. Mit der Vermehrung der Milben nimmt das Jucken, das zunächst durch leichtes Kratzen gelindert werden kann, immer mehr an Ausdehnung und Stärke zu, so daß die Befallenen sich in recht energiereicher Weise ihre Haut bearbeiten. Besonders stark ist das Jucken unmittelbar nach dem Schlafengehen, da sich die Milben in der Bettwärme lebhafter bewegen.

Dem geistigen Art verlangt es meist, bei Krätzekranken die Milben nage aufzufinden. Sie stellen sich als hellbraune oder infolge des Eindringens von Schmutz als schwarze, gestimmte, schmale Streifen von einer Länge bis zu zwei Zentimeter, leisten meist, dar, an deren Ende manchmal die Milbe als ein kleines weißes Punkt durchschimmert. Die Hautmilben sind die ersten Hautparasiten zwischen den Fingern und die Seitenflächen der Finger, die Kleinfingerseite der Hand und die Beugeseite des Handgelenks, die vordere Begrenzung der Achselhöhlen, die Ellenbogen, die Gegend um den Nabel und oberhalb des Schambeins, die Gesäßfalten, die Hüften und innere Fußränder. Bei Kindern die Umgebung der Brustwarzen, bei Männern die Geschlechtsstelle, bei kleinen Kindern die Handflächen und Fußsohlen.

Durch den Reiz, den die Milben und ihre Ausscheidungen auf die Nervenendigungen ausüben, kommt es in der Umgebung der Gänge zu Erythemen, die sich durch kleine, durchsichtige Bläschen bilden, die sich zu roten Bläschen umgeben erheben. Oft entstehen unter und neben den Gängen sowie auch in der nicht von Gängen durchsetzten Haut Bläschen und Pusteln, die miteinander vereinigen. In diesen Bläschen sind die Krätze Milben und Erscheinungen treten häufig die mannigfaltigen Hautausschläge, Bläschen, Entzündungen und Fortbildungen, die durch das Kratzen der Haut entstehen. Bei längerem Bestehen der Krätze können es auch zu tiefergehenden Eiterungen. In seltenen Fällen entwickelt sich die Krätze zu einer eitrigen Entzündung, die „Krustenkrätze“ oder „Krustenkrätze“ heißt, bei der die Haut stellenweise von diesen Krätze Milben ist, die außer aus Hautabsonderungen und Schmutz aus zahlreichen toten und lebenden Milben und Milbeneggen bestehen und unter deren die Haut blüht von Milbeneggen durchsetzt ist.

Auch das Allgemeinbefinden und die Leistungsfähigkeit des Menschen wird durch die Krätze erheblich beeinträchtigt. Insbesondere bei Kindern bewirkt der ständige Reiz, daß der Schlaf und Appetit fast leidet und sie bald mager und blaß aussehen. Manchmal kommt es bei der Krätze auch zu Neigungen und Entzündungen der Nieren, die gewöhnlich mit der Beseitigung der Milben wieder verschwinden.

Die Übertragung der Krätze erfolgt meist von einem Menschen auf den anderen; es ist hierbei nützlich, eine gelegentliche kurze Beseitigung, wie ein Handbäder zu führen, als vielmehr eine längere und ausgiebiger, wie sie insbesondere bei Benutzung derselben Schlafgelegenheit durch mehrere Personen zutage kommt.

Aber auch durch Bettwäsche, Leibwäsche oder Kleidungsstücke können Krätze Milben bzw. Eier von einer Person auf die andere übertragen werden. Besondere Gefahr besteht bei der Krätze in jedem Falle durch Hausarbeit, wie denn auch die Krätze bei ungelagerten Personen infolge ihrer weit fortgerückten Vermehrung und Ausbreitung der Milben viel schwerer auftritt.

Die Krätze ist im Krankenzustand in der Regel in drei bis sechs Tagen dauernd zu heilen. Im eigenen Haushalt ist die Durchführung einer Krätze Milben viel leichter, als im öffentlichen Leben, wenn keine Bade-Einrichtung zur Verfügung steht. Wenn dem Arzt bei einem Kranken Krätze festgestellt ist, müssen logisch alle zur Familie gehörenden oder sonst in besterher Haushalt wohnenden Personen, Krätze auf einmaliges Verarbeiten von Krätze unterhalten, wobei die Durchführung der Krätze häufig noch längere Zeit Hautpflege bestehen, bis die vielfachen durch Krätze erzeugten Verletzungen abgeheilt sind. Nur in seltenen Fällen tritt die Krätze nach einer gründlichen Behandlung, ohne daß eine neue Infektion stattfindet, wieder auf, wenn einige Mittelchen bei der Krätze der Vernichtung entgegen.

Keine an Krätze oder unter Krätzekräftigen Erscheinungen erkrankte Person darf mit anderen Personen das gleiche Bett benutzen. Jeder Krätzekranker hat nach Möglichkeit die nähere Umgebung mit Geländern zu vermeiden und sich nach Möglichkeit des geschäftlichen Verkehrs zu enthalten, da durch diesen besonders leicht die Übertragung der Krätze verursacht wird. Die gleichen Vorsichtsmaßnahmen sind von Personen zu beachten, die eben erst eine Krätze durchgemacht haben und noch Jucken verspüren.

Wäsche und Kleidungsstücke Krätzekranker und Krätzekräftiger dürfen von Geländen nicht benutzt werden, bevor sie einer gründlichen Reinigung und Desinfektion unterworfen worden sind. Insbesondere ist auch alsbald eine Desinfektion der Bett- und Leibwäsche sowie der Kleidungsstücke und Betten vorzunehmen, wenn sich ein Krätzekranker zur Behandlung in ein Krankenhaus begeben oder sich sonst einer Krätzekräftigen, damit er sich nicht auf einen ihm eigenen Schaden erweist.

Die Desinfektion der Wäsche, Kleidungsstücke und Betten kann durch Desinfektion des Dampf oder durch desinfizierende Flüssigkeiten erfolgen; in jedem Falle ist mit der Desinfektion eine gründliche Reinigung und Lüftung zu verbinden, da durch Feuchtigkeit die Anheftung der Milben leicht erleichtert wird. In Wäschekübeln werden die Milben auch durch Aufkochen mit Wasser sicher abgetötet.

Auch die Krätze der wilden und domestizierten Tiere gelegentlich auf den Menschen übertragen werden, es sind in diesem Falle dieselben

Vorsichtsmaßnahmen zu beachten. Im allgemeinen verlaufen diese Erkrankungen beim Menschen leichter als die Tierkrankheiten. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß die Krätze auch eine jener Krankheiten ist, die infolge ihrer schlechten Lebensverhältnisse unter dem Kapitalismus fast nur bei der Arbeiterklasse anzutreffen sind.

Bitterfeld. Im „Tageblättchen“ ist zu lesen: Wenn die Mutter leidet. Wir können es täglich in unserer Nachbarschaft beobachten, welche Folgen es meist für die Kinder hat, wenn die Mutter leidet oder genötigt ist, erwerbstätig zu sein. Nicht überall findet sich eine Großmutter oder eine Tante, die imstande ist, die Pflege der Kinder zu übernehmen. Aber nicht nur die körperliche Pflege des Kindes ist es, worum es sich hier handelt. Nach einer Statistik der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge, die sich auf 470 Mütter stützt, ist festgestellt, daß 89 Prozent aller kriminellen Jugendlichen aus Familien stammen, in denen die Mutter entweder tot, krank oder erwerbstätig ist. In 86 Fällen sollte die Mutter, in 56 Fällen Mutter krank; in 50 Fällen im Ausbruch tätig; in 85 Fällen hundertweise außer dem Hause beschäftigt; in 118 Fällen ganzen Tag berufstätig. — Die Arbeiter Mütter, die leider nach dieser Statistik in ihren Familien dauern, sollten sich einmal darüber Gedanken machen, ob durch diese Zustände ein Arbeitsstand aus der Welt geschafft wird oder ob dazu durchgehende Maßnahmen gehören? Wer Klarheit erhalten will, der lese den „Klassenkampf“.

Bitterfeld. Rohrbruch in der Mithlstraße. Gestern gegen 12 Uhr brach vor dem Restaurant „Stadt Samburg“ ein Wasserleitungsrohr, so daß die Straße stellenweise überflutet wurde, die die Arbeiter der Mithl- und Burgstraße hatte eine Wasserleitungsarbeiten zur Folge, da zur Behebung des Schadens das Wasser längere Zeit abgestellt werden mußte. Das ganze Wasserleitungsnetz reparaturbedürftig.

Greppin. Verfehlungen eines Lehrers. Wegen Übernahme unethischer Handlungen an seinen Schülern wurde der Lehrer B. von hier Anfang Februar d. J. der Staatsanwaltschaft übergeben. Die Anklage geschah auf Grund von Ermittlungen, die die Schulbehörde, nachdem sie von dem Direktor der Schule aufmerksam gemacht worden war, angelegt hatte. Lehrer B. ist verheiratet und lebt im 30. Lebensjahre. Zurzeit ist er in Bitterfeld in Unterhulshaus.

Wolken. Die Presse meldet. Die durch Verfügung vom 6. September 1923 erfolgte Beförderung des Julius Fortz zum Hilfspostbeamten der Postämter Wolken wird hiermit widerrufen, da der Genannte aus dem Dienst der Postämter ausgeschieden ist. — Wahrscheinlich hatte der Beförderung die Post als Nachwachter der Untinstufe zu fungieren.

Wittenberg. Achtung, Holzarbeiter! Die Wahl zum Verbandstag findet am Donnerstag, dem 17. März, von 4 Uhr bis 8 Uhr abends in der Bibliothek, Kollegienstraße 82 (ehemalige Kaserne), statt. Es ist Pflicht aller Kollegen, ihr Wahlrecht auszuüben. Verbandsobmann ist mitzubringen.

Wittenberg. Der Allgemeine Sängerverein, ein Mitglied des Reichsverbandes der Sängervereine, hat die Aufführung der Musikanten in Bitterfeld am 18. März ein. Instrumentalmusik ab. Leitung Musikmeister Appelt. Alle Freunde und Gönner sind herzlich eingeladen.

Neues aus aller Welt

Ein Opfer der Klassenjustiz

(Eperanto-Dienst) Vor kurzem starb in einem ungarischen Gefängnis der Herr Stefan Kémeth. Er war Mitangeklagter im Rátos-Prozess und wurde nach schonmaliger Unterhulshaushaft zu 22 Monaten Gefängnis verurteilt. Sein Beschuldigtes verlor, daß der Angeklagte schon langentzweit ist und daß ihr jeder Tag im Gefängnis dem Leben näher bringe. Alle Bemühungen waren jedoch vergebens. Die Herrschaft hätte kein Erbarmen, und so wurde der schon mit dem Tode Ringende in das Sammelgefängnis eingeworfen.

Stefan Kémeth war ja kein Frankenschäfer! Er eignete sich auch nicht auf betrügerische Weise Millionen an! Auch war er kein Teilnehmer der Arbeiteremigration nach dem Sturz der proletarischen Diktatur! Sein einziges Verbrechen bestand darin, Beschützer einer politischen Versammlung gewesen zu sein.

Von den Arbeiterparteien wurde alles versucht, die Freilassung des Inhaftierten zu erwirken. Eine Motion nach der anderen wurde beim Ministerpräsidenten vorgelegt. Das Justizministerium wurde mit Protestschreiben und Gesundheitsattesten überhäuft. Man wies vergebens darauf hin, daß die zu zwei Jahren verurteilten Frankenschäfer sich ungehöriger Freiheit erfreuen, trotz Rechtsgründlichkeit der Urteile.

Wirdiggräß, der degenerierte prinzipale Frankenschäfer, befindet sich trotz seiner Verurteilung zu vier Jahren schweren Kerker im Sanatorium, während unter Gefolge, der nur nach einem Monate seiner Strafe zu verfallen hätte, langsam aber sicher im Gefängnis dem Tode überliefert wurde.

Gleich Hundeband behandelt die Herrschaft die im Kerker befindlichen Proletarier. Man sieht es nicht einmal für erforderlich, die Verwandten des Verurteilten zu benachrichtigen. Als seine Brüder ihn besuchen wollten und die notwendige Erlaubnis forderten, erzielten sie die Antwort: „Kémeth! Kémeth! Kémeth!“

Stefan Kémeth, ein Mann dieses Namens, liegt im Leichenhaus. Er hat ... ein Mann dieses Namens Arbeiter! Vergelt nicht, daß erneut ein unschuldiger Prolet der



Das Mykonrad als Lern- und Trainingsgerät

Das Mykonrad, die Erfindung eines deutschen Ingenieurs, erfordert großer Geschicklichkeit und Gewandtheit und ist deshalb in das Lernrad der Hochschule für Leibschüler aufgenommen.

Klassenjustiz zum Opfer gefallen ist. Kémeth ununterbrochen zum Endkampf, zum endgültigen Sieg des Sozialismus!

Die Klassenjustiz ereifert drei Jahre Gefängnis wegen zwei Dörfern

Der Reichswehrminister Müller ereifert zum Schöffengericht Hannover drei Jahre Gefängnis, weil er einem Unteroffizier zwei Dörfer feigen verweigert hätte. Nicht etwa vor verammelter Mannschaft, sondern nach in irgendeiner Straße war der Vorfall passiert. Müller hatte verweigert, den Unteroffizier nicht gewährt, worauf ihn die anheiß, zur Rede stellte und in provokatorische Worte den Namen des Soldaten notieren wollte. Müller gab ihm daraufhin zwei anfängliche Dörfern und soll diese Tat nur mit drei Jahren Gefängnis büßen.

Die Soldatenbehörde in Mecklenburg-Schwerin, an der Spitze der Oberstaatsanwalt Briegleb, haben wegen brutalster Soldatenmordhandlung nur wenige Wochen Gefängnis bekommen. Briegleb selbst, dem man 14 Fälle von Mordhandlungen mit Offizieren und Verleumdungen nachweisen konnte, hat neun Monate Gefängnis erhalten. Der Gericht hat nicht nur nicht geurteilt, worauf die Reichswehrminister erhält wegen zweier Dörfern drei Jahre Gefängnis. Er wird sie bis auf den letzten Tag verurteilen müssen.

Unwetter in Moskau

Mittel- und Nordrussland ist von heftigen Stürmen und Gewittern heimlich überfallen. So sind in den Gegenden bei Plores heftige Gewitter mit Sturm und Schneefällen niedergegangen. Die Straßen sind teilweise überflutet und der Verkehr durch große Schneemassen gehindert. Der Po ist infolge andauernder harter Regfälle wieder gefroren und an einigen Stellen bereits über die Ufer getreten. Man ist in der Gefahr, die Dampfer und im Teil von Jalta ist wieder viel Reisende gefallen.

Abtuz eines französischen Marineflugzeuges

Gestern ist ein französisches Marineflugzeug abgestürzt. Die beiden Piloten, ein Marineoffizier und ein Matrose, sind dabei ums Leben gekommen.

Verhandlung des „Witlingprozesses“

Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof in Sachen Witling und Olympia, die ursprünglich auf den 17. d. M. angelegt war, ist vertagt worden. Man hat bei diesen Herrschaften seine Ehe. Ja, wenn es um revolutionäre Arbeiter handeln würde, dann hätte die Schnelljustiz die Sache längst erledigt.

Ein Schulleiter wegen Stillschleitsverbrechens verhaftet

Wegen schwerer Stillschleitsverbrechen an den im aneztrauten Schullern wurde der Schulleiter Donath in Hermannsgrün bei Greiz verhaftet und der Staatsanwaltschaft zugewiesen. Anmündigen wurde festgestellt, daß sich Donath länger als zwei Jahre an Mägen von dreizehn und vierzehn Jahren, aber auch an jüngeren, verhaftet hat. Die Verbrechen betrafen nicht nur einzelne Fälle, sondern der Schulleiter hat mit wenigen Ausnahmen die gesamten Mädchenklassen mißbraucht. Die Kinder bestellte er zu vertriebenen Zeiten zu sich in die Wohnung und nahm mit ihnen in allen Fällen unethische Handlungen vor, die vielfach zur vollendeten Blutschuld führten. Den Kindern legte er erzwungen Schmeicheleien auf, und vor allem im Religionsunterricht ermahnte er zur Schwärzlichkeit. Bereits vor Jahresfrist aufgetauchten Gerüchten über ähnliche Verbrechen des Schulleiters wurde in der Gemeinde kein Glauben gesetzt. Erst durch die verabschiedeten Verhandlungen Donaths am 1. Tag, der Schulleiter ist verhaftet und Vater eines Kindes.

Bei den arischen Studenten stimmt die Klasse nicht. Mehrere Mütter wissen von Unregelmäßigkeiten bei der Studienstiftung der Ledwischen Hochschule in Charlottenburg zu berichten. Von einem noch nicht bestimmten Studenten sollen dem dem Klassenrat der Studienstiftung ausgeteilt worden. Es sind noch zu berichten worden und bei der Zeit. Damit präventiert werden sein. Wahrscheinlich haben die Kommerze zwei Geld verfallen?

Arbeiterklasse, Stützpunkt der proletarischen Einheitsfront und Kräftebereitstellung für die kommunistische Partei. Geleistete Arbeit für die Ausbreitung und die innere Festigung des KPD, der KJ und des KJWB. Vertiefung des Schwerkamms dieser Organisationen in die Betriebe, zum Kampf gegen den wachsenden Betriebsfaktismus. Entwicklung der proletarischen Fraktionen und der politischen Aktivität dieser Organisationen unter Einschränkung der äußerlichen mechanischen Agitation. Schärfster Kampf gegen das Reichsorgan bei systematischer Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber seinen proletarischen Mitgliedern. Unterstützung der KJWB und der KJWB. Unbedingte Verschärfung der Parteikontrolle über die Kommunisten in allen parteilosen Massenorganisationen und straffe Durchführung der Fraktionsarbeit.

45. Dreizehntens: Erhöhte Tätigkeit unter der proletarischen Jugend und den proletarischen Frauen.

Zuständige Unterstützung der kommunistischen Jugendbewegung. Verteidigung der Forderungen der Jugend in den Gewerkschaften, in der Öffentlichkeit, in den Parlamenten und „nahe Verbindung mit der kommunistischen Jugend in der praktischen Arbeit.“

Durch die Rationalisierungspolitik der deutschen Bourgeoisie wächst die Rolle der jugendlichen Arbeiterklasse innerhalb des Produktionsprozesses. Die Fordisierung und Taylorisierung der Betriebe ermöglicht den Unternehmern, mehr als bisher die hitzige Arbeitskraft der Jugendlichen, besonders der ungelerten Arbeiter, auszunutzen, sie als Lohnbrüder gegen die gesamte Arbeiterkraft zu gebrauchen. Die Rechtslosigkeit der Jungarbeiter und die Politik der reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Interessen der Jugendlichen vollkommen außer acht lassen, erleichtern den Unternehmern die Durchführung ihrer Politik, die auf die Herabdrückung des Lebensniveaus der Gesamtarbeiterklasse und die Differenzierung der Fachausbildung zum Zwecke der Züchtung einer Betriebsarbeitskraft und Herabdrückung des Niveaus der breiten Arbeitermassen gerichtet ist.

Stärkere Aufmerksamkeit für die proletarische Frauenbewegung (KJWB, Frauenleiterinnenkreise). Unterstützung ihres wirtschaftlichen und politischen Kampfes. Vertiefung ihrer Forderungen. Viel aktivere Hilfe der Gesamtpartei vom KJ bis zur letzten Parteikonferenz als bisher für die kommunistische Arbeit unter den Frauen. Stärkere Unterordnung der gesamten Frauenarbeit unter die allgemeine politische Arbeit der Partei und stärkere Vertiefung des Schwerkamms auf die Gewinnung der Industriearbeiterinnen als bisher.

II.

Die innerparteilichen Aufgaben

In der vom Parteitag angenommenen Resolution über: „Die Ergebnisse der Parteikonferenz und die innerparteilichen Aufgaben“ wird zusammenfassend über die Ergebnisse der Diskussion und die innerparteilichen Aufgaben festgehalten:

Der Offene Brief der Exekutive der KJ, ermöglichter der KPD, eine neue Periode des Aufstieges. Die Durchführung des Offenen Briefes und die damit verbundene Umstellung der KPD, erleichtert der Partei, die Radikalisierung der Arbeiterklasse im Interesse der Revolution auszunutzen. Die erröckende Mehrheit, wenn Gebiet der Partei, entschied sich in freier offener Diskussion der Mitgliedschaft für die Parteilösung und die kommunistische Internationalen.

Die Grundfragen wurden richtig gestellt und von der Partei in breitem Umfang und in noch nicht dagewesener Nähe begriffen. Dies gilt bei allen noch vorhandenen Schwächen und Fehlern, insbesondere für die Einheitsfronttaktik und für die Gewerkschaftsarbeit, sowie auch für die Probleme der Sowjetunion. Die Verbundenheit mit der Komintern und den anderen Sektionen wurde gestärkt, die Parteidemokratie und das geistige Leben der Partei erfuhren eine Erweiterung.

Die Renegaten wurden ohne Mißliebverstoß ausgeschlossen. Die noch verbleibenden Gruppen sind Splitter, deren endgültige Liquidierung nach dem 11. Parteitag erfolgen muß.

Als Ergebnis der Diskussion ergibt sich als die wichtigste innerparteiliche Aufgabe die Sicherung und die völlige Herstellung der ideologischen und organisatorischen Einheit der Partei nach den Grundfragen des Leninismus. Die Vollenziehung dieser Aufgabe ist an zwei wichtige Voraussetzungen geknüpft: die Liquidierung der Reste der Fraktionen und jeglichen Fraktionsgeistes und die Vollenziehung der Konzentration der Partei durch Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte der früheren Gruppierungen oder Fraktionen im aktiven Kampf für die Linie der Partei und der kommunistischen Internationalen.

Ein gemeinames Ziel aller ultralinken Fraktionen war die Fortführung der Grundprinzipien des kommunistischen Parteilebens, des demokratischen Zentralismus und der Parteidemokratie. Nach dem W-Bingen ihrer Spaltungsabsichten verstanden die Fraktionsführer, den demokratischen Zentralismus durch „das Recht auf Fraktionen und Gruppierungen“ zu ersetzen. Ihre Absicht gegen den demokratischen Zentralismus wurde abgelehnt. In den wichtigsten Erfahrungen des Kampfes der Partei gegen die Fraktionen besteht es, daß nur die völlige Beseitigung der Fraktionen die Voraussetzungen schafft für die volle Entfaltung des demokratischen Zentralismus. Vier Hauptaufgaben stehen in dieser Beziehung vor der Partei:

1. Schaffung einer festen, einheitlichen und breiten Parteilösung;
2. Vertiefung des Bewusstseins von der führenden Rolle der kommunistischen Partei in den breiten Mitgliedermassen;
3. Entwicklung der revolutionären Parteidemokratie und Parteikontrolle auf allen Gebieten des Parteilebens;
4. Vergrößerung des Einflusses der Betriebsstellen auf die Leitung der Partei.

46. Nach dem Siege des leninistischen Standpunktes über alle reformistisch-opportunistischen Abweichungen ist jetzt die Verstärkung der Arbeit, die Zusammenfassung aller Kräfte, die Konzentration der Partei die wichtigste Voraussetzung zur Lösung der Aufgaben. Konzentration bedeutet nicht die Zusammenfassung aller möglichen Strömungen, sondern die Herstellung der Einheit auf Grund der klaren, eindeutigen politischen Linie der kommunistischen Internationalen mit allen denjenigen die die Beschlüsse der Partei und der KJ,

durchführen und einen Kampf gegen alle Abweichungen und Fraktionskämpfe führen.

In diesem Sinne erfolgte Mitarbeit der ehemaligen Gruppen des Genossen Meyer und seine Erklärung nach der 7. Konferenz der Exekutive bedeuten wichtige Schritte in der Konzentration der Partei und zur Verbreiterung der verantwortlichen Parteiführer und der Führung der Partei. Diese Konzentration muß gegen alle Widerstände auch in den einzelnen Betrieben durchzuführen werden. In der Vergangenheit entfalteten Gruppierungen, die noch in die Gegenwart hineinragenden Fraktionsgeistigen müssen vollständig liquidiert werden. Genossen, die noch als Führer vor rechten Gefahren gegen die Konzentration der Partei kämpfen, müssen zum Aufgeben ihrer Vorbehalte veranlaßt werden. Wenn sich hinter diesem Kampf eine andere politische Linie zeigen wird, die eine Brücke zu den ultralinken Abweichungen schlägt, muß dagegen der entscheidende Kampf geführt werden. Die Genossen aber, die, wie Genosse Wöhrle auf der Reichspartei-Konferenz und auf dem Bezirkskongress Westfalen gegen die Erklärung des Genossen Meyer Stellung nehmen und die politischen Kräfte Brandlers und Dalheimers abzumachen versuchen, können die Konzentration der Partei, vorangetrieben durch die Entwicklung, bringen. Umkehr in die Partei und Härten aller Arten von Abweichungen. Gleichzeitig birgt eine solche Stellungnahme die Gefahr zu einer neuen rechten Gruppierung in sich. Der 11. Parteitag verurteilt diese Stellungnahme und fordert alle Genossen auf, auch gegen solche Strömungen den Kampf zu führen.

Der 11. Parteitag appelliert an die gesamte Mitgliedschaft, die Einheit der Partei mit allen Kräften zu verteidigen, die Reste der Fraktionsarbeit zu liquidieren und die gesamte Kraft auf die Lösung der großen revolutionären Aufgaben zu werfen. Für jeden Revolutionär ist die Partei das höchste. Für ihre Stärkung, Geschlossenheit und Einheit muß jedes Parteimitglied unermüdet arbeiten.

Ohne Hebungung der Fraktionen keine einheitliche Führung der Arbeiterklasse.

Ohne feste geschlossene Partei keine siegreiche Revolution.

III.

Unsere nächsten Aufgaben in der Gewerkschaftsbewegung

Im Mittelpunkt der gesamten gegenwärtigen gewerkschaftlichen Tätigkeit steht die Gewinnung der Massen zum Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung. Das Augenmerk der wieder zum Klassenkampf erwachenden Massen muß gerichtet werden auf die Wiederherstellung des Achtstundentages durch den aktiven unmittelbaren Kampf an allen Plätzen, wo eine längere Arbeitszeit als acht Stunden besteht, weitere Vertiefung der Arbeitseigenen in den rationalisierten Betrieben und am laufenden Band, auf die Erhöhung der Löhne, Verminderung der Lohnplanken zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien, die Beseitigung nach dem Grundsatz: Gleicher Lohn für gleiche Leistung, Verbesserung des Arbeiterschicksals, besonders für Arbeiterinnen und Jugendlichen.

Die notwendige planmäßige Verbindung der Kämpfe verschiedener Industriegruppen und eine dementsprechende Vertiefung der Bewegungen darf nicht zu einer Zersplitterung und Verminderung von Teilkämpfen führen. Im Gegenteil, es muß jede Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes, auch des kleinlichen, ausgenutzt werden. Ziellos lassen sich große Kämpfe überhaupt nur durch Teilkämpfe auslösen. Wir sind keine Gegner von Teilkämpfen, sondern nur Gegner der isolierten und unkoordinierten Kampfführung.

Mit größtem Ernst muß die Partei daran gehen, alle Mängel unserer Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung zu beseitigen und eine größere Systematik in unsere Gewerkschaftsarbeit zu bringen. In dieser Richtung ergeben sich folgende nächste Aufgaben:

1. Die reiflose Organisation der Kommunisten in den freien Gewerkschaften.
2. Die Aktivierung unserer Parteigenossen für die gewerkschaftliche Kleinarbeit. Jeder Kommunist muß ein Gewerkschaftsfunktionär werden.
3. Die in den Gewerkschaften und Betrieben eroberten Positionen müssen planmäßig zur Erweiterung unseres Einflusses auf die Arbeitermassen ausgebaut werden, unsere Funktionen müssen durch Veranfassung von Kurien und Disziplinierung der Mitglieder die gründliche Durchführung zur praktischen revolutionären Gewerkschaftsarbeit bekommen.
4. Die Gewerkschaftsfunktionäre des Jugendverbandes sind deshalb zur Teilnahme zu diesen Kurien und Disziplinierung heranzuziehen. Die von den Gewerkschaften veranfaßten Kurie müssen systematisch besetzt werden. Den dort verbreiteten falschen Theorien ist scharf entgegenzutreten. Sie sind in der Öffentlichkeit zu bekämpfen.
4. Die Betriebsstellen müssen die Gewerkschaftsarbeit in den

Betrieben lebendig machen, unsere Gewerkschaftsgrundzüge unter den Arbeitern verbreiten, eine gründliche Vorbereitung für die Stärkung der Gewerkschaften in ihrem Betrieb durchführen, sich mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den besten parteilosen Gewerkschaftsmittgliedern zu Arbeitsgemeinschaften, Ausschusskommissionen und Einheitskomitees vereinigen, um alle Arbeiter im Betrieb in den freien Gewerkschaften zu organisieren, den Betriebsfaktismus (Kampfportvereine) und gelbe Organisationsgebilde auszuröten.

Zur Durchführung einer systematischen Gewerkschaftsarbeit unter den Hand- und Hilfsarbeitern müssen die größeren Parteien Ausschüsse über Sonderbetriebe übernehmen.

5. Die Wiederbelebung der Betriebsbetriebe, ihre Zusammenfassung im Ort, im Bezirk und im Reich, industriegruppenweise und in den Betrieben und den Konzernern. Gründliche Vorbereitung der Betriebsbetriebe.

6. Nach besserer Erhellung der Erwerbslosen und Aktivierung derselben, Druck auf die Gewerkschaften, die Erwerbslosen zu organisieren, Mitarbeit der Erwerbslosen im Kampf gegen das Lebensnotwendigen und für den Achtstundentag.

7. Verbesserung der Arbeit unserer Gewerkschaftsfraktionen, Aufbau der Bezirks- und Reichsfraktionsleitungen in allen Betrieben.

8. Konzentration unserer Hauptkraft auf die wichtigsten Industriearbeiter, besonders auf die Arbeiter in den Schmelzindustrien (Metallindustrie, Bergbau, Verleiher, Chemische Industrie).

9. Ausbau unserer Gewerkschaftsliteratur und des gewerkschaftlichen Teiles der Parteipresse. Heranziehung der Gewerkschaftsangehörigen und Gewerkschaftsfunktionäre zur Mitarbeit an der Presse.

10. Bei der mit der Rationalisierung verbundenen Verdrängung der erwachsenen männlichen Arbeiter durch jugendliche und weibliche Arbeitskräfte ist eine systematische Verdrängung der jugendlichen der Arbeiterinnen und Jugendlichen in den Gewerkschaften durchzuführen. Große Zusammenarbeit der gewerkschaftlichen Jugendfraktionen mit den Fraktionen der Erwachsenen. Die Jugendfraktion eines Verbandes muß zu einem Glied der Gesamtfraktion werden. Verstärkung der Arbeit unter den Frauen, Förderung der Arbeiterinnenkommissionen.

11. Genaueres Studium aller Bedingungen, unter denen die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Kämpfe mit Erfolg gegen die Unternehmern durchführen können.

12. Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsstrategie. Förderung eines festen Zusammenstandes aller Gewerkschaften im KPD, wodurch ermöglicht wird, daß die Kräfte der gesamten organisierten Arbeitermassen gegen die Kapitalisten planmäßig und rücksichtslos eingesetzt werden können.

13. Propaganda und Kampf für den Zusammenstoß mehrerer Verbände zu Kampfbrigaden zur Durchführung eines gemeinsamer Abwehr- und Angriffsbewegungen der Gewerkschaften, besonders in den Schmelzindustrien des Proletariats (Metallindustrie, Bergbau, Verleiher, chemische Industrie und Licht- und Freizeitanlagen).

14. Führung einer breiten Kampfpagone unter den Arbeitern für die Umgestaltung der Gewerkschaften auf der Basis von Arbeiterverbänden, nach dem Prinzip: in jedem Betrieb nur ein Verband, eine Industrie, eine Gewerkschaft.

15. Kampf um die proletarische Demokratie in den Verbänden (Verhältniswahl zu allen Körperlichkeiten der Organisation), Heranziehung der breitesten Mitgliedschaften zur Mitarbeit und Mitbestimmung bei allen wichtigen Entscheidungen der Verbände.

16. Eintreten für den Anschluß der DGB-Zusstellungen an die Ortsausstellungen des KPD, zwecks engerer Verbindung des Parteipropaganda und Parteipropaganda.

17. Zusammenfassung der Kampfschriftenden, in den christlichen, kirchlich-darwinistischen und sogenannten neutralen Gewerkschaften organisierten Arbeiter. Förderung ihrer oppositionellen Tätigkeit, systematische Propaganda für die Vereinigung der christlich- und kirchlich-darwinistischen Arbeiter mit den freien Gewerkschaften.

18. Verstärkung des Kampfes um die internationale Gewerkschaftseinheit und seine Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse (englischer Bergarbeiterkampf, Kräftekampf, Kolonialkämpfe). Niederrücken des Widerstandes der deutschen Gewerkschaftsbürokratie, die die beruflichen Saboteure der Gewerkschaftseinheit und gegen die Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationalen auf dem Boden des Klassenkampfes sind.

In der Erreichung dieser Ziele und Erfüllung der hier gestellten Aufgaben müssen die kommunistischen Gewerkschaften die Partei und Führer der Massen werden. Sie müssen durch die Tat beweisen, daß sie nicht nur als gute Revolutionäre, sondern auch als die besten Gewerkschaftler in den Gegenwartskämpfen gelten und sich so das Vertrauen der Massen erringen, um den Reformismus zu schlagen, die Gewerkschaften zu erobern und damit den Sturz des kapitalistischen Systems vorzubereiten.

Bedürftigkeitsprüfung auch bei der Arbeitslosenversicherung!

Der angebliche „Rechtsanspruch“ ein großer Schwindel

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages sollte heute der Bericht des Untersuchungs Ausschusses über die Veranlassung der seit längerer Zeit dem Reichstag vorliegenden Anträge auf Erhöhung der Dauer der Arbeitslosenversicherung im Altereszenzen gegeben werden. Statt dessen wurde erklärt, daß der mit der Beratung über Anträge am 18. Februar vorausgesetzte Untersuchungsausschuss bisher überhaupt zu keinem Resultat gekommen sei. Vor allem das Zentrum entschuldigte diesen Schandakt damit, daß die finanziellen Verhältnisse noch nicht zu überblicken seien.

Genossen Trendelenburg stellte daraufhin fest, daß die Regierung und die Regierungsparteien mit dieser Ausrede lediglich ihre Sabotage verhielten wollten. Für andere Angelegenheiten, die im Interesse der Betroffenen liegen, habe die Regierung immer Zeit übrig. So seien unter anderem die Aufträge der Junfer vorgetragen hätten, sofort empfangen worden.

Genossen Trendelenburg stellt den Antrag, nunmehr sofort im Vollausschuss die Fragen der Inhabenden zu beraten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Die Beratungen über die zu

den Inhabenden gestellten Anträge sind also abermals vertagt worden.

Anschließend sollte der Ausschuss die Veranlassung über das Arbeitslosenversicherungsgesetz fort. Angenommen wurde gegen die Stimmen der Kommunisten der § 54, nach dem Erwerbslose, die sich der Umstellung zu entscheiden, auf die Dauer der Weigerung folgenden vier Wochen keine Unterstützung erhalten.

Der § 55 wurde mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen, nachdem einige Veränderungen der Bestimmung durch einen Zentrumsantrag vorgenommen worden waren. In seiner letzten Fassung sieht der § 55 vor, daß solchen Erwerbslosen keine Unterstützung zu gewähren ist, die noch nach eingetragener Erwerbslosigkeit infolge eigener Verschuldung oder von Nebenarbeit den Lebensunterhalt bestreiten können. Dieser Paragraf kennzeichnet den „Rechtsanspruch“ auf Unterstützung, den nach Durchführung der Sozialdemokraten das Gesetz bringen soll. An Wirklichkeit bebingen die Bestimmungen des § 55 die Anwendung der Bedürftigkeitsprüfung, die auf diesem Wege in die Arbeitslosenversicherung aufgenommen werden soll.

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 120 Gans monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark. Eine Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktions-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. m. b. H., Halle, Verdensteindroge 14.

Kriegsbelegpreis: 13 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Restlinie im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle Verdensteindroge 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegramm-Adress: Klassenkampf. Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postfachkonto: Leipzig 100548 Fritz Krosch, Halle.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Mittwoch, 16. März 1927

7. Jahrgang * Nr. 63

52-Stunden-Woche

für die mitteldeutsche Metallindustrie — Ablehnen! Für Achtstundentag kämpfen! Betriebe in Front!

Halle, 16. März. (Amtliche Meldung.)

Am Dienstag wurde nach achtstündiger Verhandlung des jählichen Schlichtungsausschusses betreffend die Arbeitszeit für die Betriebe des Mitteldeutschen Verbandes der Metallindustriellen (der Anhalt sowie die Regierungsbezirke Merseburg und Magdeburg umfaßt) ein Schiedspruch gefällt, wonach die Arbeitszeit, die grundsätzlich 48 Stunden in der Woche betragen soll, im Berechnen mit der Betriebsvertretung bis zu 52 Stunden wöchentlich verlängert werden kann, und zwar ist die 49., 50. und 51. mit 10 u. 5. Zuschlag, die 52. Stunde mit 15 u. 5. Zuschlag zu bezahlen. Die alten Manteltarife werden demnach verlängert, daß sie erstmalig zum 31. März 1928 mit Jahreswöchentlichkeit fest gekündigt werden können.

*

Vor drei Wochen wurde in der jählichen Metallindustrie nach fünfmonatigem Kampfbeginn ein Schiedspruch gefällt, ein Beschluß zwischen dem Unternehmerverband und dem DMB, getroffen, wonach die Arbeitszeit bis zu 51 Stunden wöchentlich verlängert werden kann. Die sozialdemokratische Presse behauptet, daß der Achtstundentag praktisch erzwungen sei, weil der Schiedspruch die „grundtätige“ 48-Stunden-Woche gänzlich anerkennt. In Wirklichkeit bedeutete das jähliche Kompromiß die 51-Stunden-Woche, da die Arbeitszeitverlängerung nicht mit Lohnzuschlag verbunden war. Das Geld bringt die jählichen Metallarbeiter zu Ueberstunden, die nicht nur wöchentlich drei, sondern oft wöchentlich sechs Stunden oder noch mehr ausmachen.

Der für die mitteldeutsche Metallindustrie gefällte Schiedspruch bedeutet eine Verschlechterung sogar gegenüber den Bedingungen, die in Sachsen vereinbart wurden. Es war vorauszusetzen, daß die Unternehmer und die Schlichtungsinstanzen den Abbruch des jählichen Kampfes zu erheblichen Verschlechterungen in anderen Bezirken benutzen wollen. Das ist jetzt eingetroffen. Der mitteldeutsche Schiedspruch ermöglicht den Unternehmern eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zu 52 Stunden. Die jählichen Metallarbeiter sollen wöchentlich eine Stunde länger arbeiten als die Leipziger.

„Im Berechnen“

Im Schiedspruch heißt es, daß die Arbeitszeit „im Berechnen mit der Betriebsvertretung bis zu 52 Stunden wöchentlich verlängert werden kann“. Da es viele Arbeiter gibt, die diesen absichtlich mißverständlichen gehaltenen Ausdruck so auslegen könnten, daß hierin ein Einpruchsrecht der Betriebsvertretung gegen die Arbeitszeitverlängerung enthalten ist, muß betont werden, daß der Ausdruck „im Berechnen“ nur ein freches Verwirrungsmanöver ist. Der Ausdruck bedeutet nach der Auslegung der Schlichtungsinstanzen nur soviel, daß die Betriebsvertretung von einer Arbeitszeitverlängerung, die die Unternehmer beschließen, verständigt werden muß. Von einem Einpruchsrecht des Betriebsrates ist unter diesen Umständen keine Rede.

Die einzige Konzession, die unter dem Druck der Arbeiterschaft gewährt wurde, ist, daß die unerhöhten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, die im neuen Manteltarifentwurf geplant waren, durch die Verlängerung der alten Manteltarife nicht zur Auswirkung gelangen.

Gleichzeitig wollen aber die Schlichtungsinstanzen auf jede Forderung der mitteldeutschen Metallarbeiter verzichten. Das bedeutet eine ganz unannehmbare Verschlechterung der Reallohn. Die 20prozentige Mietserhöhung wurde schon von der Reichsregierung beschlossen und von den sozialdemokratischen Ministern in Preußen unterstützt. Die sozialistischen Getreidepreiserhöhungen führen zur Verteuerung des Brotes und aller Lebensmittel. Gangnam aber fähig bleibt der Lebenshaltungsinde. Eine Anhebung der Arbeitszeit in den Lohnbewegungen bedeutet unter diesen Umständen die Verdrückung der Lebenshaltung auf ein Ausmaß. Allerdings ist dem Unterschied, daß die gewöhnlichen Kämpfe gegen ihre Ausbeuter heftige Kämpfe führen, während in Deutschland jeder Kampf durch die Schlichtungspraxis erstickt werden soll.

Was tun?

Die mitteldeutschen Metallarbeiter können auf diesen Schiedspruch nur eine Antwort geben: Ablehnung! Aber nicht nur eine formale Ablehnung, die die Möglichkeit der Verbindlichkeitsklärung durch Schlichtung zuläßt, sondern aktive Ablehnung, die in der Mobilisierung der gesamten Metallarbeiterkraft zum offenen Kampf besteht. Als die jählichen Metallarbeiter unmißverständlich

zum Ausdruck brachten, daß sie nicht gewillt sind, den Schiedspruch von 52 Stunden hinzunehmen, wurde die Verbindlichkeitsklärung nicht ausgesprochen. Unter dem Druck der Arbeiterschaft muß es und wird es auch in Mitteldeutschland gelingen, die 52-Stunden-Woche abzumehren. Der Kampf darf aber nicht in einem Festsitzen und in einem Herunterhandeln von ein oder zwei Stunden bestehen, sondern muß um den Achtstundentag geführt werden!

Achtstundentag und Lohnerhöhung von 20 Prozent! Diese Forderungen hat die mitteldeutsche Arbeiterschaft gestellt. An diesen Forderungen muß festgehalten werden. Es ist klar, daß ohne diese sowie beschlossene Lohnerhöhung die Verfürgung der Arbeiterschaft auf dem Papier bleiben würde, weil die Arbeiter sonst durch das Geld genommen werden. Messungen zu treffen. Der Plan der Schlichtungsinstanzen, der nicht erledigt, bringt



Metall, Chemie, Edel

Schlichtungsalten Metallarbeiter von ernen, so konnten sie und Anfang April auf höhere Löhne die Tarife in der Druck der Arbeiterschaftswertigkeitsopposition, Industrie getroffenen in getrocknete Vereinen klar, daß isolierte die größte Gefahr heftigsten möglich ohne Betragen hängung von 9 Prozent, das ist das Ereignis hat. Unter Metallarbeiterchaft auf Schmitt mit den und mit den Bau-

Das Achtstundentaggeleß marschiert

Die Geburtswehen des Achtstundentages haben lange gedauert. Ein Konstrukt muß geboren werden. Wie die „Tägliche Rundschau“ berichtet, ist nunmehr innerhalb der Regierungsparteien eine Verständigung über das Arbeitszeitgesetz so gut wie gesichert. Das Blatt meldet:

„Es werden auf der einen Seite die Bestimmungen über die Mehrarbeit, die bisher im § 11, Absatz 3, der Verordnung vom November 1925 enthalten waren und in der Regierungsverordnung, die gefallen sind, in anderer Form in den § 10, Absatz 10, in die Regierungsverordnung übernommen werden.“

Das Kompromiß soll auch eine Bestimmung über den Lohnzuschlag für Mehrarbeit enthalten. Nach dem Kompromiß der Regierungsparteien sollen nunmehr freiwillige Ueberstunden in unbeschränkter Zahl weiterhin gestattet werden. Der Einfluß der Rechtsparteien hat nunmehr den § 11 wiederhergestellt.

Millionen im Kampf

Während der Bürgerkrieg zu einem entscheidenden Schlag gegen die gesamte deutsche Arbeiterklasse rüstet, formiert sich auch die Front des Proletariats. Es brochen Teilströme aus. Gestern meldeten wir die Arbeitentberlegung in Bielefeld. Heute treffen Meldungen über eine Reihe von kleineren Streikbewegungen aus Waldenburg in Schlesien, Neuß (Rheinland) ein. Die Unternehmer antworteten auf die Streiks sofort mit Ausperrungen, die aber die Arbeiter nicht einschüchtern.

Andererseits entwickeln sich zahlreiche Konflikte infolge der Ueberstundenvermehrung der Arbeiterschaft.

Tamowski, die Front formiert sich! Es ist auch falsch, zu behaupten, daß unter der Arbeiterschaft keine Kampfbewegung vorhanden wäre. Die Kampfbewegung ist da. Es fehlt nur die Kampfbewegung. Im Ruhrbergbau, wo alle bisherigen Verhandlungen scheiterten, fanden zahlreiche Versammlungen statt, in denen die Jähstellers die Ausfahrt nach sieben Stunden ab 1. April und den Kampf um eine 25prozentige Lohnerhöhung forderten. Die Tarifänderungen, die im ganzen Reihe hintereinander erfolgen, sind schließlich auch nur das Ergebnis des verstärkten Druckes von unten.

Sorgt für eine entschlossene Kampfbewegung! Seht Euch mit allen Mitteln für die Stärkung der freien Gewerkschaften ein! Und dann vorwärts, Millionen, in geschlossener Front!

Jetzt aus zum Reichs-Erwerbslosentag am 18. März!

Gegen den Raub der Erwerbslosenunterstützung!

Die immer mehr steigende Aktivität der Erwerbslosen wie auch die immer stärker einsetzenden Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben um den Achtstundentag und höheren Lohn zwingen die Bourgeoisie, immer härtere Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft anzuwenden. Sie braucht dazu ein Heer von Erwerbslosen, das sich gegenüber den noch Arbeitenden als Schandbild zeigt und Streikbrecher gebrauchen läßt. Die Erwerbslosen haben es durch ihren feilen Zusammenstoß verdient, die Absichten der Bourgeoisie aufzuhalten zu machen.

Die neue Bürgerkriegs-Regierung des Reichsbanner „Kameraden“ Marx will mit diesem Zustand endlich Schluss machen. Das Reichsministerium für Arbeit und Reichsbanner-Kamerad Schuler, der wenig verdient hat, soll danach auch wenig Unternehmung betreiben. Für die ersten fünf Klassen ist ein ungeheurer Abbau der Unterstützung vorgesehen, während der 6. und 7. Klasse einige Betrugsmittel zugewiesen werden sollen. Auch diesen ungeheuerlichen Maßnahmen steht dieses Gesetz noch weiter vor:

Die Verfürgung der Unterstützungsbeträge am 28. Wochen; die Bezugsberechtigung erst nach 26 Wochen Beitragszahlung; die Berechnung der Arbeitszeit im § 3; die Deportation fähiger Arbeiter aufs Land im § 36; außerdem die zwangsweise Umstellung in andere Berufs.

Die Bourgeoisie hält jetzt die Zeit für gekommen, ihre Raubpläne durchzuführen. Die sozialdemokratischen Führer, die trotz aller

Veruche, wieder in die Regierung hineinzukommen, von der Bourgeoisie den wohlverdienten Führertrich erhalten, sind die Väter dieses Schandwerkes. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die genau so wie alle anderen von diesem Schandgesetz betroffen werden, beginnen die Arbeiterbewegung aber nicht bricht sich bei ihnen die Erkenntnis Bahn, daß die achtjährige Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik ihrer Führer die Arbeiterschaft in das heutige Elend hineingeführt hat.

Einzig und allein die Kommunisten sind es, die der Arbeiterschaft während vorangehen. Sie haben in härtester Form den Kampf gegen dieses Raubgesetz aufgenommen.

Der Kampf darf nicht nur, wenn er zum Erfolg führen soll, im Parlament geführt werden, sondern er muß durch den Massenaufruf der Arbeiterschaft außerhalb des Parlamentes unterstützt werden.

Der Reichsausschuß der Erwerbslosen, der auf der Reichskonferenz im Dezember 1926 gewählt wurde, hat beschlossen, die Arbeitslosen aufzurufen, am 18. März im ganzen Reihe aufzumarschieren in gewaltigen MassenDemonstrationen.

Die Arbeitslosen müssen der Bourgeoisie zeigen, daß sie nicht müde sind, kampflustig zu werden. Sie wollen nicht zu Streikbrechern und Lohnbrütlern werden und rufen darum ihren Kollegen in den Betrieben zu, den Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung zu unterstützen. Sie geloben den Betriebsarbeitern, Solidarität zu üben und fordern von ihnen, daß sie ebenfalls den Kampf gegen die Ueberstundenvermehrung und für höhere Löhne aufnehmen. Nur wenn die Arbeitszeit verfürzt wird, können die Arbeitslosen wieder in die Betriebe zurückkehren.

Nur im gemeinsamen Kampf der Arbeitenden und Arbeitslosen kann der Machtwille der Bourgeoisie abrochen werden. Steuens darum zum Massenaufruf am 18. März! In jeder Stadt, in jedem Dorf, wo Erwerbslose sind, müssen diese zur Demonstration aufmarschieren. Keiner darf zu Hause bleiben. Der letzte Mann muß mobilisiert werden!